

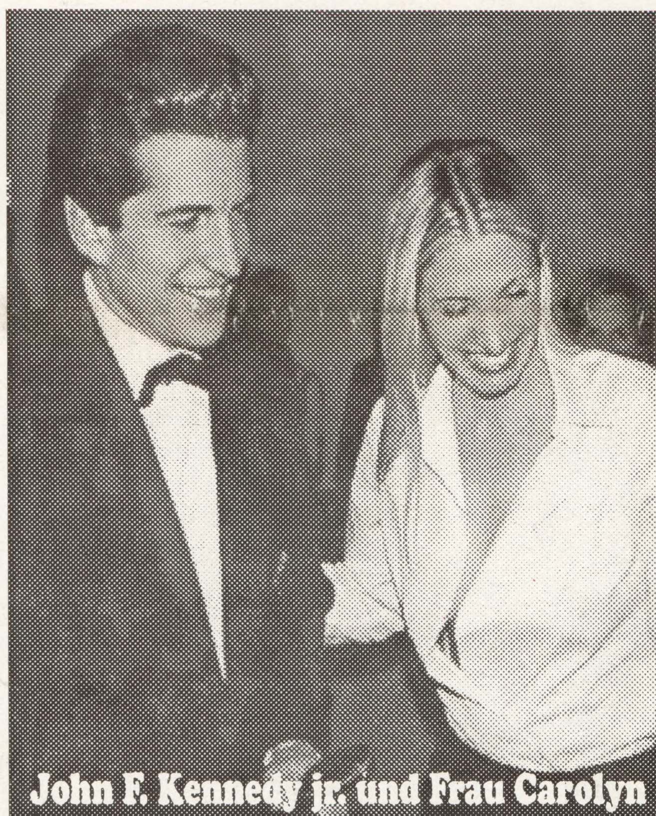
KRITISCHE BEITRÄGE ZUM ZEITGESCHEHEN IN POLITIK, KULTUR, WIRTSCHAFT UND TECHNIK

4,-- DM / 29,-- öS / 2,05 EUR · überparteilich - unabhängig - überregional - national · 13. Jahrgang

Mord zur Durchsetzung politischer Ziele - beliebt seit Urzeiten

Aber auch Mord zur **Unterdrükkung von Wahrheiten** ist noch immer gang und gäbe, besonders zahlreich in diesem zu Ende gehenden Jahrhundert. So ist uns ein neuer Fall bekannt geworden - diesmal nicht aus Deutschland, sondern aus dem "freiheitlichen" Amerika. Da wir in den öffentlichen Medien bisher noch keine Stellung dazu gefunden haben, nehmen wir an, daß es sich tatsächlich um ein Geheim-Dossier handelt, von dem nur wenige Leute etwas wissen, uns aber bereits zugespielt wurde:

In einem geheimen Protokoll des Federal Bureau of Investigation (FBI) über die Bergung des kürzlich abgestürzten Flugzeugs von J.F. Kennedy junior heißt es, daß Beweise für einen Sprengsatz gesichert wurden, der im hinteren Gepäckraum angebracht war. Die Ermordung des Sohnes des ehemaligen US-Präsidenten soll im Zusammenhang stehen mit der geplanten Veröffentlichung der Memoiren von Jacqueline Kennedy im Verlag ihres Sohnes. In dem Manuskript seien die wahren Hintergründe für die Ermordung von Präsident Kennedy enthalten, die laut Regierungsbeschluß erst 50(!) Jahre nach seinem Tod veröffentlicht werden dürfen. An diese Auflagen wollte sich Kennedy jr. offensichtlich nicht halten. Er hätte bis zum Jahre 2013 damit warten müssen und es ist fraglich, ob dann nicht eine Verlängerung dieses Beschlusses von "gewissen Kreisen" durchgesetzt worden wäre.



John F. Kennedy jr. und Frau Carolyn

Durch einen Informanten sickerten Einzelheiten eines 15 Punkte umfassenden Protokolls des FBI vom 28. Juli 1999 durch, welches als "Streng Geheim" eingestuft ist. So heißt es unter Punkt 5: "Am geborgenen Flugzeug wurden Beweise für einen Sprengsatz gefunden, der im hinteren Gepäckraum angebracht war". In weiteren Einzelpunkten wird erwähnt, daß das Heck des Flugzeugs abgesprengt wurde, es aber keinen Hinweis auf eine Funkfernzündung gebe. Man nimmt an, daß die Zündung durch einen barometrischen Zünder ausgelöst wurde. Nach der Zündung wurde der Rest der Maschine sofort kopflastig und raste mit 6000 Fuß pro Minute (entspricht einem Höhenverlust von ca. 1800 m/min) nach unten, was sich auch durch das plötzliche Abreißen des Radarkontaktes bestätigen läßt.

Das vom 'Nationalen Büro für Aufklärung' zur Verfügung gestellte Satellitenfoto läßt einen Explosionsblitz am Flugzeug erkennen. Punkt 11: "Die Bergung . . . eines aus dem hinteren Gepäckraum herausgeschleuderten Gepäckstükkes bestätigt die Zündung eines Sprengsatzes". Punkt 12: Bei der ersten Untersuchung von Wrackteilen wurden Sprengstoffreste sichergestellt, die laut Laboruntersuchungen ergaben, daß es sich um Sprengstoff handelt, wie er auch von "bestimmten" ausländischen Nachrichtendiensten verwendet wird. Punkt 15: Eine kurze oberflächliche Untersuchung

→

Sie lesen heute: **Seite**

der geborgenen Leichen wurde abgeschlossen . . . . und an ein Mitglied der Familie Kennedy übergeben . . .

Der Hinweis auf den "ausländischen" Sprengstoff soll sicher ein Versuch sein, die Tat einer ausländischen Macht oder Gruppe zuzuschreiben. Soll damit eine falsche Spur gelegt werden, falls obiger Fall



Der ehemalige US-Präsident John F. Kennedy mit Frau Jackie, Tochter Caroline und Sohn John jr. im Kinderzimmer - ein Jahr vor seiner Ermordung

öffentlich wird? Lächerlich! Bei allen Geheimdiensten der Welt werden alle verfügbaren Sprengstoffe verwendet, um falsche Spuren zu legen. Welcher Geheimdienst will schon allein durch den Sprengstoff enttarnt werden?

Überlegungen führen zu dem Ergebnis, daß Kennedy jr. wahrscheinlich den gleichen Mördern zum Opfer gefallen ist, wie sein berühmter Präsidenten-Vater. Ein Mordmotiv ist die Herausgabe der Memoiren seiner Mutter in seinem eigenen Verlag. In diesem Buch soll Jacqueline Kennedy ihr Wissen über das Mordkomplott preisgegeben haben. Experten haben schon lange nachgewiesen, daß der Attentäter Lee Harvey Oswald nur eine vorgeschobene Figur und nicht der wirkliche Mörder war.

Es ist bekannt, daß Präsident Kenndy damals vorhatte, neue Banknoten herauszugeben, die nicht mehr dem "Federal Reserve" unterstanden. Da bereits nachweislich schon die ersten Banknoten gedruckt waren, mußte Kennedy sterben. Für eine "Abmahnung" war es bereits zu spät. Dazu soll an dieser Stelle erklärt werden, was es mit der "Federal Reserve Bank" auf sich hat, da sicher einige jüngere Leser nichts davon wissen:

Im Jahre 1913 wurde das Federal Reserve System gegründet und 1935 nochmals geändert. An der Spitze steht der **Board of Governors** (Bundesbankrat); ihm unterstehen 12(!)*) Federal Reserve Banks (Bundesreservebanken), die seit 1914 die Banknoten herausgeben. Der "oberste Herrscher" des Systems ist zur Zeit ein gewisser **Alan Greenspan** (zu deutsch: Grünspan). Wie gerade gesagt, darf nur die Federal Reserve neue Banknoten drucken. Der Staat ist also gezwungen, von dieser "privaten Gesellschaft" alles Geld, das im Umlauf ist, zu leihen - natürlich zu einem entsprechenden Zinssatz. Im Grunde genommen gehört keinem einzigen Amerikaner auch nur ein winziger Dollar. Alles Geld gehört diesen wenigen Privatiers. Und da unsere DM (natürlich auch der EURO) vom Dollar abhängig ist, gehört auch hier keinem auch nur ein Pfennig!!

Und dieses System - von einer "speziellen Minderheit" 1914 eingeführt (oder aufgezwungen), wollte Präsident Kennedy ändern. Er wollte **Staatsgeld** herausgeben. Damit wäre auch das kapitalistische Zinssystem - an dem nur eine Handvoll Leute verdient - zusammengebrochen. Das konnte man nicht zulassen, und so wurde Kennedy umgebracht, und die bereits gedruckten Banknoten verschwanden wahrscheinlich im Reißwolf. Aber einige dieser Banknoten haben auf wundersame Weise den Weg in Sammlerkreise gefunden. Wir wissen heute, daß Kennedy am 4. Juni 1963 ein präsidentielles Dokument unterschrieb (Exe̋cutive Order No. 11110), mit der er ein früheres Dokument (Ex. Order No. 10289) außer Kraft setzte. Dieser Beschluß erlaubte es dem Präsidenten, die Herstellung von Banknoten wieder in die Gewalt des Staates zu bringen.

Der Vater von Präsident Kennedy, Joseph Kennedy, war allerdings strikt gegen die Pläne seines Sohnes. Es gibt die beeidigte Zeugenaussage eines Dienstmädchens im Weißen Haus, das die erregte Unterhaltung des Präsidenten mit seinem Vater - er war ehemaliger USA-Botschafter in England - im Oval Office mit anhörte, wobei dieser den Präsidenten warnte . . .: "Wenn du das tust, werden sie dich umbringen".

Und? Wie war's??

*) Die Ziffer 12 begegnet uns immer wieder bei "bestimmten" Dingen. So sind z.B. in der blauen Europafahne auch nur 12 Sterne enthalten, obwohl es inzwischen 16 EU-Mitgliedsländer gibt. (Nachdenken wird empfohlen!) E.H. ■



Was wollte Lafontaine?

von Erhard Kemper

Wenn wir heute immer wieder den verbalen Angriff interessierter Kreise gegen den ehemaligen Superminister Oskar Lafontaine (SPD) aus dem ersten Kabinett Schröder (ebenfalls SPD) erleben, verwundert dies nur jene, die das System "unserer" Währungsordnung nicht kennen.



Lafontaine

Es geht bei dieser vernichtenden Kritik an diesem Mann auch nicht mehr um Lafontaine, sondern um den Zeigefinger, den man vorsorglich eifernden Nachfolgern dieses Mannes bereits im Vorfeld zeigt.

Die sog. Bundesbank verlangt kritiklos politische Unabhängigkeit. Sie hat Verfassungsrang und ist somit unantastbar. Tatsächlich wird sie denn auch von keiner Institution des Bundes kontrolliert. →

Hatte Lafontaine daran Anstoß genommen und glaubte er, das weltweit aufgebaute kapitalistische Währungssystem durchschaut zu haben? Sein Fehler war offensichtlich auch, daß er die gewaltigen internationalen Kräfte, die dieses System - einer auf Kreditbasis aufgebauten Währung -, das gleich einem Netz über die Völker geworfen ist, unterschätzt hatte.

Hatte Lafontaine geglaubt, als neuer Bundesfinanzminister den Stein der Weisen gefunden zu haben und dem Vorstand der - privat bilanzierenden - Bundesbank vorschreiben zu können,

1.) mehr-Zahlungsmittel in Umlauf zu bringen und

2.) den Zinssatz für Lombard- und Diskontkredite zu senken bzw. gegen Null pendeln zu lassen?

Möglich, daß er dabei an die Japaner dachte, die seit Jahren für ihre umlaufenden Kredite nur einen Diskontsatz von 0,5% zahlen. Sollte, was in Japan möglich war, nicht auch für die Bundesrepublik zu haben sein? Hatte Lafontaine erkannt, daß bei uns die Währungsschöpfung dem Parlament, der Regierung und dem Volk entzogen ist?

Man bedenke: für über 90% "unserer" Kreditlasten ist die Bundesbank unsere Gläubigerin (auch wenn sie die öffentlichen Banken als Makler noch einschaltet). Sie zu entmachten, war Lafontaine sicherlich ein Gedanke wert!

Wer in einem Staat sechs Millionen Arbeitslose zählt, sucht verständlicherweise nach Ursachen. Betrachtete Lafontaine etwa die von uns allen zu tragenden Zinssätze der Bundesbank als zu hoch und als heimlich-unheimliche Besteuerung, die es zu kappen galt? Wir wissen es nicht, denn offensichtlich wollte er den ihm gereichten Schierlingsbecher nicht trinken und zog sich - ohne Voranmeldung - abrupt aus dem öffentlich-politischen Leben vollständig zurück.

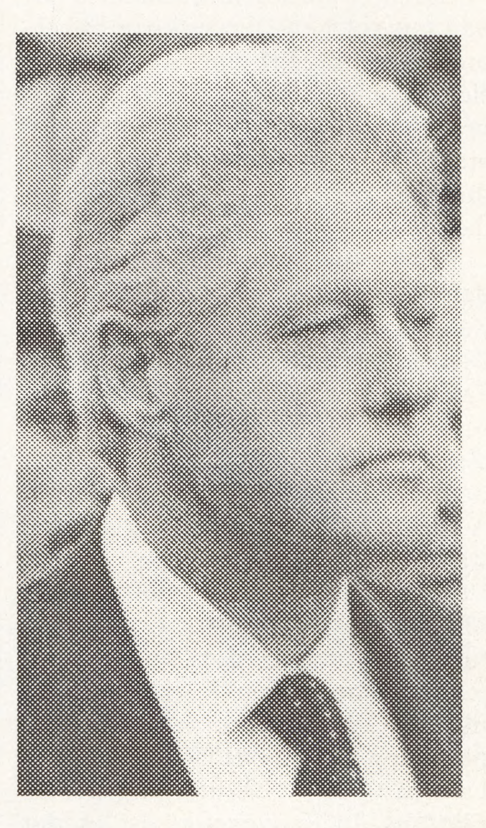
Wir haben dafür volles Verständnis, zumal böse Zungen behaupten, daß er bereits vor Jahren anläßlich einer Saalveranstaltung bei einem Messerattentat von einer Irren fast geschächtet worden sei. Nur durch Glück sei damals die Halsschlagader verfehlt worden.

Lafontaine dürfte bei seinem Rücktritt auch an das Schicksal des Präsidenten Kennedy gedacht haben, der beabsichtigt hatte, das Recht, Zahlungsmittel in Umlauf zu bringen, für die US-Regierung zurückgewinnen wollte. Zum "gefährlichsten Mann Europas" (so titelten Londoner Zeitungen) wollte Lafontaine sich nicht machen lassen. Ob da die Bundesbank aus London bestellte Schützenhilfe erhalten hatte? Vielleicht lesen wir später einmal in Lafontaine's "Erinnerungen", wie seine Forderungen an die Bundesbank gelautet haben?!

Germanicus ■

Ermächtigungsgesetz auf amerikanisch

Bill Clinton verhängte 1994 per Verordnung den "Staatsnotstand" über die USA.



Die amerikanische Zeitschrift "Catholic Family News" berichtet in ihrer Juni-Ausgabe unter dem Titel "Der Polizeistaat im neuen Jahrtausend" über Eingriffe des amerikanischen Präsidenten Clinton in die Verfassung. Mit einer Fülle von Durchführungs-Verordnungen habe sich der Präsident die Macht eines Diktators zugelegt. Die in Los Angeles erscheinende "Times" schrieb dazu: "Die letzte Serie von Durchführungsverordnungen ist bezeichnend für einen Präsidenten, der seine einzigartige Machtposition in brutaler Weise und wesentlich häufiger ausnutzt als alle seine Vorgänger im Amt".

Der Autor des Artikels in "Catholic Family News", John E. Doherty, betont, man habe Clinton zunächst nur als einen Mann "politischer Untaten, zweifelhafter Geschäfte" und unmoralischen Verhaltens gekannt, nicht jedoch als einen Despoten. Nun aber zeige er sich als ein Präsident, der die Verfassung umgehe, "um eine bösartige und antichristliche Diktatur zu schaffen". Das wichtigste Indiz dafür sei eine von Clinton am 12. November 1994 verhängte "Durchführungsverordnung", mit der er den "Staatsnotstand" über die USA verhängt habe. Diese Verordnung sei jedes Jahr erneuert bzw. verlängert worden, bis Clinton sie am 12. November 1997 für "unbestimmte Zeit" in Kraft setzte.

Der Wortlaut dieser Verordnung: "Am 14. November habe ich per Durchführungsverordnung Nr. 12938 den ‚Staatsnotstand' über die Vereinigten Staaten verhängt und mit einer ungewöhnlichen, außerordentlichen Bedrohung der nationalen Sicherheit, der Außen- und Innenpolitik durch die Ausbreitung von nuklearen, biologischen und chemischen Waffen (Massenvernichtungswaffen) sowie der Möglichkeit des Erwerbs derartiger Waffen begründet. Die im Jahre 1994 bejahte Bedrohung der geschilderten Art hält weiter an, so daß der am 14.11.94 verhängte und am 14.11.95 und 14.11.96 verlängerte ‚Staatsnotstand' auch über den 14.11.97 hinaus auf unbestimmte Zeit weiter in Kraft bleiben muß. In Übereinstimmung mit Abschnitt 202 (d) des Nationalen Notstandsgesetzes (50 USC 16229 D) verlängere ich den ‚Nationalen Notstand', wie er in meiner Durchführungsverordnung Nr. 12938 angeordnet wurde, um unbestimmte Zeit. Diese Anordnung soll im Bundesanzeiger veröffentlicht und dem Kongreß übermittelt werden."

gez.: Bill Clinton, Präsident der USA.

Die Gegner des Präsidenten sehen In dieser Verordnung nicht etwa die Vorsorge für einen wirklichen nationalen Notstand, sondern die Ausschaltung des Kongresses. Doherty vergleicht dies mit dem Ermächtigungsgesetz Hitlers. Die Freunde des Präsidenten berufen sich auf katastrophale Krisen wie: 1. Eine Finanzkrise globalen Ausmaßes. 2. Terrorakte von Terroristen wie Osman Ibn Ladin. 3. Der Zusammenbruch aller

⟶

Computer-Systeme in den ersten Sekunden des Jahres 2000. Alle US-Präsidenten dieses Jahrhunderts haben mit solchen Durchführungs-Verordnungen regiert, aber keiner habe sich angemaßt, seine Macht zu mißbrauchen. Clinton habe jedoch vom ersten Tage an demonstriert, wie er die USA per Dekret zu regieren gedenke.

Als Beispiele werden die folgenden Verordnungen genannt: "1. Die Zulassung Homosexueller zum Dienst in den Streitkräften am ersten Tag seiner Amtsführung. 2. Verstärkte finanzielle Unterstützung aus Bundesmitteln für die von der UNO (und den Freimaurern) geförderten Abtreibungs- und Bevölkerungszuwachs-Kontrollpro-gramme. 3. Durchführung von Abtreibungen in Militärkrankenhäusern. 4. Abschaffung des Verbots der Verwendung menschlicher Föten in mit Bundesmitteln geförderten Forschungsprojekten.“ Doch das ist nur ein Teilbereich der Verordnungspolitik Clintons. In Krisenzeiten ist es der Regierung erlaubt, alle Vorräte auf allen Ebenen zu beschlagnahmen. Durch eine riesige Datenbank werden alle Bürger mit allen Lebensdaten erfaßt. Im Falle eines Notstandes übernimmt der Präsident die Befehlsgewalt über die gesamte US-Wirtschaft, Die Verordnung Nr. 12922 erlaubt es Clinton, alle privaten Einrichtungen, jedes Privateigentum, alle Vorräte usw. zu beschlagnahmen.

Im Mai 1998 unterzeichnete Clinton eine Verordnung (Nr.13083) unter dem Titel "Föderalismus", mit der er den einzelnen Bundesstaaten die verfassungsmäßigen Rechte entzog und auf die Bundesrgierung übertrug. Der Text wurde ohne Vorankündigung im Bundesanzeiger veröffentlicht, während sich Clinton zu Besuch in Großbritannien aufhielt. Da niemand dem Text Beachtung schenkte, wurde er nach 30 Tagen Gesetz. Dieses Gesetz tritt in Kraft, wenn a) die Notwendigkeit einheitlichen staatlichen Handelns angenommen wird, b) wenn die Regierung oder Bundesbehörden mit geringeren Mitteln regieren könnten, c) wenn die Bundesbehörden geeigneter sind, die individuellen Freiheitsrechte des einzelnen zu schützen und d) wenn die Bundesbehörden annehmen, daß der Staat nicht fähig ist, die politischen Vorgaben umzusetzen. In jedem Fall entscheidet der Präsident über die Voraussetzungen.

Mit Verspätung entdeckten die Politiker und Bürger die Entmachtung der Länder. Der Abgeordnete Mac Collins warnte: "Wenn die Ansichten des Präsidenten hinsichtlich der Machtübertragung auf den Bund geteilt werden, bedeutet dies nichts anderes, als Bundesbehörden und Ministerien mit unbegrenzten Vollmachten auszustatten, die eine eindeutige Verletzung der Vorschriften des 10. Anhangs der Verfassung darstellen". Mac Collins hat keinen Zweifel daran, "daß Clinton diesen Schritt in der Absicht getan hat . . ., sich die Rechte und Vollmachten anzueignen, die durch die Verfassung dem Kongreß und den Bundesländern übertragen worden sind". Betty Fleischauer, die Sprecherin der National Gouverneurs Association erklärte: "Diese Durchführungsverordnung stellt im wahrsten Sinne des Wortes eine Wende um 180 Grad zu dem dar, was wir bisher unter dem Begriff Föderalismus im Sinne des 10. Verfassungsanhangs verstanden haben." Das "US Journal" kommentierte am 18. Juni 1998: "Clintons Nr. 13083 liest sich wie ein Todesurteil für die Verfassung."

Clinton hat mit seinen Verordnungen nicht nur die Verfasssung abgeschafft, sondern sich auch Werkzeuge geschaffen, die sich für einen perfekten Staatsstreich eignen. In dem Artikel der "Catholic Family News" wurden sie genannt: 1. Rassengesetze mit dem Ziel der Schaffung einer multikulturellen Gesellschaft. 2. Bundesausweise mit Datenspeicher. 3. Banküberwachung aller Kunden bezüglich ihrer finanziellen Transaktionen. 4. Gesundheitsüberwachung aller Bürger durch Speicherung aller Krankenakten. 5. Überwachung aller Kommunikationsmittel 6. Verfassungswidrige Durchsuchungen, Beschlagnahmungen und Sicherstellungen. 7. Abschaffung des Waffenrechts gemäß Anhang 2 der Verfassung. Im Justizwesen gibt es weitere acht Vollmachten, die ein komplettes Überwachungssystem nach Stasi-Muster vorsieht. Orwell läßt grüßen. Man könnte meinen, Bill Clinton räche sich dafür, daß sein kriminelles Verhalten einer Abhängigen gegenüber ans Licht gezerrt wurde. Doch es gibt auch noch andere Gründe, ein System à la "Big Brother is watching You" einzuführen. Damit kann Clinton jederzeit schon im Vorfeld verhindern, daß er jemals wegen seiner zahlreichen Verbrechen angeklagt würde. Der "Staatsnotstand", den er vorgibt, ist sein eigener Notstand.

Des weiteren dient diese Politik der reibungslosen Einführung einer Weltregierung, zu deren Erfüllungsgehilfen der Sozialist Clinton zu gehören scheint. In der katholischen Zeitschrift "The Wanderer" erinnerte James K. Kilpatrick am 18. November 1998 daran, daß Clintons Mentor an der Georgtown Universität Prof. Carroll Quigley war, Autor des Buches "Tragödie und Hoffnung". "Die Thesen dieses Buches drehen sich beständig um eine ‚permanente Schattenregierung von machtvollen Bankiers und Geschäftsleuten im Verein mit Regierungseinrichtungen, von denen unser politisches Leben aus dem Hintergrund gelenkt wird‘." So lautet ein Zitat aus dem Buch, das die kath. Zeitschrift übernommen hat. Ist Quigley-Schüler Clinton das politische Aushängeschild jener Schattenregierung von Bankern und Freimaurern, die nicht nur die USA beherrschen?

Lesen Sie dazu das gerade im Verax-Verlag, Schweiz, erschienene Buch "Das Spiel mit dem Feuer einer neuen Weltordnung" von Roman Landolt (115 Seiten, zahlreiche Illustrationen, DM 14.-). Das Buch enthält die lückenlose Geschichte des Bösen am Beispiel der "Baumeister". Bestechend die Beweisführung durch historisch verbürgte Fakten und Daten.

D. Sch. ■

London plant Gesetz gegen "gefährliche Personen"

LONDON, 19. Juli (AP): Die britische Regierung plant ein Gesetz, wonach Bürger künftig auf unbestimmte Zeit festgenommen werden können, wenn sie als Gefahr für die Gesellschaft gelten. Wie die Regierung mitteilte, soll dies auch dann möglich sein, wenn zuvor keine Straftat begangen wurde.

DER SCHEINWERFER dazu: Sieh' da, sieh' da! Haben die von uns gelernt? Hier in der BRD ist es schon länger üblich, politisch rechts stehende Personen in "vorläufige Haft" zu nehmen, besonders bei anstehenden Demonstrationen!! Das ist die vielgerühmte "demokratische" Freiheit! ■

Vor 1990 Jahren - die Schlacht im Teutoburger Wald

Am Tag der Herbst-Tag-und-Nachtgleiche (22.Sept.) des Jahres 9 griff Hermann, der Cheruskerfürst (röm. Name Arminius), mit einer "Übermacht" von rund 20-22.000 vereinten Kriegern der Cherusker, Sugambrer, Brukterer, Usipeter, Marsen und Chatten das 1. Korps der römischen Rheinarmee - bestehend aus 3 kriegsstarken Legionen - unter Quintilius Varus an, einem älteren, laut Tacitus bereits etwas vertrottelten Berufsmilitär. Die Stärke einer Legion betrug zwischen 6 - 12.000 Mann, wobei jede Legion aus 10 Kohorten (etwa Regimentern gleich) bestand. Reiterei und Troß zählten extra, ebenso Spezial- und Bautruppen (Pioniere), sodaß ein Korps aus 3 Legionen samt Hilfstruppen im Mindestfall aus 20.000 im Höchstfall aus 39 - 40.000 Mann bestand.

Varus war mit seiner aus dem Sommerlager an der Weser kommenden Armee auf dem Marsch, um einen vorgeblichen Aufstand der Marsen niederzuschlagen. Eine Kriegslist von Arminius, auf die Varus, der "seinem guten Freund und Bundesgenossen" trotz Warnung durch Segestes, dem Schwiegervater des Arminius, blind vertraute, hereinfiel. Mit diesem Trick hatte Arminius die Römer weit von ihrer üblichen Marschrute weggelockt.



Das Hermannsdenkmal im Teutoburger Walde;
Erinnerung an den Sieg im Jahre 9 gegen die Versklavung durch Rom. 1875 errichtet, Figur 17 m, Schwert 7 m hoch. Mahnung zur Einigkeit der Deutschen, die in dem zweitausend Jahre währenden Verteidigungskampf gegen fremde Unterdrücker wiederholt durch Verräter und feindliche Übermacht unterlagen. (Foto: Hans Wagner, Vlotho)

Zum Zeitpunkt des schlagartigen Überfalls quälten sich die Legionen, weit auseinandergezogen (und somit gegen feindliche Angriffe verwundbar) durch die Wildnis des südöstlichen Teutoburger Waldes; dazu fing es in Strömen zu regnen an. Den größten Teil des Trosses hatte man bereits zurücklassen müssen, es war unmöglich, mit den Wagen durch den glitschigen Morast zu kommen, zudem hatte sich die Reiterei mitsamt den Bogenschützen teils aus dem Staub gemacht, teils im Walde verirrt. Das gab Arminius die Chance, seine eigenen Krieger umso wirksamer einzusetzen.

Bis zum Schluß hatte Varus gehofft, Arminius, "sein treuer Freund", würde ihm zu Hilfe kommen. Statt dessen war dieser jedoch zu seiner Vernichtung angetreten. Da der Regen nicht aufhörte, ließ Varus die weit im Urwald verstreute Truppe Lager beziehen, als das Desaster begann . . .

Arminius hatte seine Truppe in kleine Kampfgruppen aufgeteilt, die den langen und häufig unterbrochenen Heerwurm der Römer gleichzeitig an verschiedenen Stellen angriffen, eine von ihm selbst entwickelte Taktik, die er bereits mit Erfolg im Dienst der Römer als Führer germanischer Hilfstruppen gegen die Parther angewendet hatte. Dazu wäre noch zu sagen: Die klassische, antike Schlachtordnung mit breitgefächerten Angriffslinien (Phalanxen) war den Germanen unbekannt. Mehr als 90 % von Deutschland waren damals von dichtem, unwegsamem Wald bedeckt, der eine Gefechtsordnung in breiten Schlachtlinien gar nicht zuließ. Die Germanen kämpften in Keilform, mit den Anführern an der Spitze. Ihre Stärke lag, immer dem Gelände angepaßt, im plötzlichen Überraschungsangriff. Gegen die waffentechnisch weit überlegenen Römer blieb ihnen auch gar nichts anderes übrig, wenn sie nicht jede Gewinnchance aus der Hand geben wollten.

Die Römer saßen mit ihrer nassen und aufgeweichten schweren Rüstung von Anfang an in der Falle, doch sie kämpften verzweifelt. Während draußen die Schlacht tobte, saß Varus, umgeben von seinen Getreuen, voller Verzweiflung in seinem Zelt. Als keine Hoffnung mehr bestand und das Siegesgeschrei der Germanen immer lauter wurde, stürzte er sich in sein Schwert; viele seiner Offiziere taten es ihm gleich. Einigen überlebenden Prätorianern (Leibwächtern) gelang es zunächst, den Leichnam des Feldherrn zu verstecken, aber die siegestrunkenen Germanen fanden die Leiche bald, bis Arminius selbst hinzukam und ihr den Kopf abschlug. Diesen schickte er an Marbod, seinem größten Widersacher und Todfeind unter den germanischen Fürsten. Marbod aber sandte den Kopf nach Rom, was den Kaiser dann zu seiner vielzitierten Klage veranlaßte: "Varus, Varus, gib mir meine Legionen wieder!" Für die römischen Kaiser zählte nicht so sehr das Schicksal ihrer Soldaten, sondern nur das Geld, welches sie kosteten...!

Die Schlacht tobte mehrere Tage. Als sie vorbei war, lagen mehr als 20.000 tote Römer auf der Walstatt. (nach Josef Cüppers: 'Hermann der Cherusker').

(Ende der wahren Geschichte)

Dazu eine Satire auf der nächsten Seite →

Satire!

Wie würde die Geschichte der "politisch korrekten" Zeitgeistler aussehen?

Das auf einem Friedensmarsch zur Bekräftigung der römisch-germanischen Freundschaft befindliche Heer des Feldherrn Varus war in einer äußerst mißlichen Lage. Die Gegend zwischen Paderborn und Bielefeld war damals ein einziger, ungepflegter Freizeitpark mit freilaufenden wilden Bestien darin (zwei- und vierbeinigen). Die Straßen, falls überhaupt vorhanden, waren infolge des germanischen Vandalismus in katastrophalem Zustand. Ständig mußten Schlaglöcher ausgefüllt, gefällte Bäume sowie Unrat und Sperrmüll aus dem Weg geräumt werden, was den Vormarsch stark behinderte. Germanische Chaoten hatten allerorten Barrikaden errichtet und "Sit-Ins" veranstaltet. Hysterische Weiber und ihre verwahrlosten Bälger beschimpften die römischen Soldaten und bewarfen sie mit Fäkalien, Müllbeuteln und faulen Eiern. Es war fast wie in der Hamburger Hafenstraße, nur "andersherum" - politisch gesehen. Rechtsradikale Volksverhetzer hatten die ganze Provinz "Norte-Rhenus-Westfalia" in Aufruhr versetzt. Die friedliebenden Römer reagierten schockiert und hilflos.

Düster, schmutzig-grau und schwer hingen die Abgaswolken des nahen Ruhrgebietes am herbstlichen Himmel (es gab noch keine Schadstoff-Filter), saurer Regen peitschte auf die unglücklichen Römer hernieder, alle träumten sie von der Sonne Italiens sowie von den Freuden der Truppen-Bordelle von Köln und Xanten.

Da erscholl durch das Toben der Elemente der furchtbare Schlachtruf der entmenschten Germanen: "Ittaker raus...! Haut den Spaghettis die Fresse ein, macht Hackfleisch mit Tomatensoße aus ihnen....!" Bekanntlich ist ja die Ausländerfeindlichkeit der Deutschen das unselige Erbe ihrer barbarischen Vorfahren!

Blitzschnell brachen die Unholde aus dem Dickicht hervor und schwangen ihre diversen Mordwaffen: Messer aller Art, Totschläger, Vorschlaghämmer, Fahrradketten, Hackebeilchen, durchbohrte Gasrevolver mit Dum-Dum-Geschossen und was noch alles. Allen voran der wilde Armin, alias Hermann Kerruski, der Schrecken des Reviers. Mit vom Suff und Kettenrauchen heiserer Stimme brüllte er: "Los Kumpels, macht sie fertig, bei uns gibt's keine Mafia, wir sind selbst die Mafia, ha, ha!" Kaum hatten die (fast) wehrlosen, zutiefst unglücklichen Römer ihre hoffnungslose Lage begriffen, waren sie auch schon - wie angedroht - zu Hackfleisch gemacht. Immer neue Mordbanditen fielen über sie her. Unter den Opfern waren auch römische Frauen und Kinder sowie Verkäuferinnen der römischen "Pi-Ex-Läden" sowie Nutten (Pardon: Damen der militärischen Eros-Center) und das dazugehörige weibliche Dienstpersonal. Die vom "Furor Teutonicus" berauschten Mörder machten alles nieder, was sie in ihrem Blutrausch erreichen konnten. Der römische Oberkommandierende, Monsignore Varus, verschanzte sich mit wenigen Getreuen in seinem Zelt. Als die blutgierigen Germanen anfingen, die Zeltwände aufzuschlitzen, stolperte er - in begreiflicher Erregung - über sein frisch geschliffenes Schwert und erstach sich versehentlich damit. Im Siegesrausch vergnügten sich die Barbaren damit, seinen Leichnam zu verstümmeln, doch der wilde, undankbare Armin trat dazwischen, hieb dem toten Varus, der einst sein väterlicher Freund war, den Kopf ab und schrie einem seiner Komplizen zu: "Lauf damit zur Post und schick' den Kopp per Eilpaket an Marbod, den Macker von Bayern, in München-Schwabing!" "Jawoll Boss, wird gemacht... !" brüllte der Angesprochene zurück und verschwand mit dem eilends in einen blutigen Gewandfetzen gewickelten Kopf des gewesenen Varus. Das Morden hielt mehrere Tage und Nächte an. Am Ende lagen mehr als 20.000 tote Römer, gräßlich zugerichtet, auf dem Schlachtfeld. Die Mörder aber tauchten unter oder gingen in die Emigration und wurden deshalb nie gefaßt.

Es war der erste, organisierte deutsche Massenmord an (nahezu) wehrlosen Ausländern! 12 Jahre später ereilte den wüsten Armin, den ersten "Nazi" Deutschlands, sein verdientes Schicksal: Unvorsichtigerweise kollidierte er mit einer Dolchspitze, als er zwei "Nazijäger" der römischen Stasi an der Haustür abfertigen wollte und starb auf der Stelle, da der Notarzt gerade auf Capri Urlaub machte.

Nichtsdestotrotz plant nun die italienische Justiz, wie aus Rom verlautet, den Armin posthum des Massenmordes an (fast) wehrlosen Italienern anzuklagen, sobald der Prozeß gegen den Nazimörder Priebke abgeschlossen ist. Man darf wohl auf diesen neuen italienischen Sensationsprozeß gespannt sein . . .!

Aus den Akten der italienischen Polizei:

Das Phantom-Bild des Massenmörders Arminius Hermann Kerruski:



Ungepflegte Erscheinung, langhaarig, struppiger Backenbart, eine Kette aus Bärenzähnen um den Hals (Verstoß gegen das Artenschutz-Abkommen) und zwei Geierflügel an der helmartigen Mütze, dem Markenzeichen aller frühdeutschen Mordbanditen. **Nicht 335 wie angeblich Priebke, nein, mehr als 20.000 Italiener hat dieser präfaschistische deutsche Unmensch grundlos abgeschlachtet!!**

G. Schmitz

Spanischer Ankläger: Pinochet freilassen

MADRID. Ein Antrag der spanischen Staatsanwaltschaft auf sofortige Freilassung des in London festgehaltenen chilenischen Ex-Diktators Augusto Pinochet hat eine Welle der Empörung ausgelöst. Richterverbände, Parteien und Menschenrechtler warfen der Behörde vor, sich „zum besten Anwalt" des 83-Jährigen zu machen und die Opfer des Militärregimes zu verhöhnen.

Nach Ansicht des zuständigen Staatsanwalts Pedro Rubira verstößt Pinochets Hausarrest gegen die spanische Verfassung. Seine Behörde habe bereits vor zehn Monaten den Haftbefehl gegen den Ex-Machthaber angefochten. Eine Entscheidung der Richter stehe aber immer noch aus. Länger als fünf Monate dürfe nach spanischem Recht in so einem Fall aber niemand festgehalten werden. Somit werde Pinochets Grundrecht auf Freiheit verletzt.

Lesen Sie dazu nächste Seite: Walter Neuner sagt seine Meinung →

Der Waffen-Entzug

Die Europawahlen sind gelaufen, und zum zweitenmal nach dem Mißerfolg mit dem 630,- DM-Gesetz hat die Regierungskoalition ein Debakel erlitten. Sie kommt langsam unter Erfolgszwang, und dies läßt für die legalen Waffenbesitzer nichts Gutes erwarten. Nach den vorliegenden Informationen wird zumindest auf Bürokratenebene an einem Gesetzestext gearbeitet und nicht gerade zur Freude der legalen Waffenbesitzer. Anfang Juni war Konferenz der Innenminister, wobei auch über ein neues Waffengesetz gesprochen wurde. Im internationalen Bereich bläst den Schützen und anderen legalen Waffenbesitzern nach den beiden schrecklichen Vorfällen in den USA und in Kanada der Wind ins Gesicht. Alle objektiv Verantwortlichen sind sich zwar darin einig, daß derartige Vorfälle ihre Wurzel nicht im legalen Waffenbesitz, sondern in unserer Gewaltkultur haben, wie es den Bürgern und auch den Jugendlichen ständig in Politik, den Medien, aber auch im Straßenverkehr vorgelebt wird. Keiner hat aber den Mut, dies zu sagen. Daß schärfere Gesetze gegen den legalen Waffenbesitz Morde nicht verhindern können, zeigt das Beispiel in Kanada, wo inzwischen so scharfe waffenrechtliche Vorschriften wie in Europa gelten.

Vielleicht sollten sich die Politiker einmal um die wirklichen Ursachen dieser Vorfälle kümmern und nicht immer Ursache und Wirkung verwechseln.

Zu welch unmöglichen Reaktionen dies führen kann, zeigt das Vorgehen in Brasilien. Dort wurde am 25.5.99 ein Gesetzentwurf eingebracht, der ab sofort jeden privaten legalen Waffenbesitz verbieten soll, wodurch die bisherigen Genehmigungen widerrufen werden und alle Waffen abgegeben werden sollen.

Die Front gegen den legalen Waffenbesitzer rückt also ständig näher. In Österreich, der Schweiz und den Benelux-Staaten mehren sich die Anzeichen für eine weitere Verschärfung des Waffenrechts.

Wer meint, die Gefahr sei vorbei und die Interessenvertretungen des legalen Waffenbesitzes (z.B. Forum Waffenrecht, WFSA) brauchten keine weitere Unterstützung und keinen Mitgliederzulauf, der irrt sich und arbeitet dem "Gegner" zu. Es ist eine alte Erfahrung, daß die Gefahr immer dann am größten ist, wenn Ruhe herrscht. Der BDMP und seine Mitglieder sind gut beraten, für die bestimmt nach der Sommerpause beginnende heiße Phase sich auf eine auf diesem Gebiet erfahrene und bewährte Führungsmannschaft zu besinnen. Für Experimente und Erfahrungsammeln wird es dann keine Zeit mehr geben.

Jürgen Mertens, Präsident

DER SCHEINWERFER dazu:
Alle Menschen werden wehrlos gemacht, damit sie der Eine-Welt-Willkür, der Staatswillkür und den Kriminellen hilflos ausgeliefert sind! ■

Walter Neuner sagt seine Meinung

Josip Broz war als k.u.k. Unteroffizier im 1. Weltkrieg gegen die russische Zarenarmee eingesetzt. Er ist zum Feind übergelaufen und wurde unter Lenin und Stalin zum kommunistischen Terroristen ausgebildet. Dann war er in Spanien "tätig" und kämpfte an der Seite der "Internationale" gegen General Franco. Die Bolschewiken wollten damals in Spanien den Kommmunismus installieren. Nach seiner Heimkehr in das Königreich Jugoslawien agierte er im Untergrund.

Die kommunistische Partei wurde verboten und Tito in Festungshaft verbannt. Nach dem Putsch gegen die mit Deutschland kooperierende jugoslawische Regierung und nach dem Ein marsch der deutschen Truppen in Jugoslawien gelangte er in die Freiheit. Erst nach Beginn des Präventivfeldzugs gegen Rußland entwikkelte er im Auftrag der "Komintern" den kommunistischen Partisanenkampf gegen den Kapitalismus und die Besatzungsmächte auf dem Balkan. Tito - als ehemaliger katholischer Kroate - und sein ideologischer Berater, der Jude Moshe Pijade, zeichneten verantwortlich für den Völkermord an der deutschsprachigen Bevölkerung Jugoslawiens und auch an der Ermordung von Abertausenden christlicher Kroaten und Slowenen. Von den Siegern als Held verherrlicht, wurde er wegen seiner Verbrechen gegen die Menschlichkeit nie zur Verantwortung gezogen.

Der 83jährige Ex-Diktator Chiles, Augusto Pinochet, wird von Hinterbliebenen der Opfer der chilenischen Militärdiktatur für befohlene Morde und Exekutionen an kommunistischen und sozialistischen Parteigegnern zur Verantwortung gezogen. Der Sohn eines Zollbeamten, in einer katholischen Privatschule erzogen, schaffte nur kläglich die Aufnahme in die Militärschule, wurde 1947 Hauptmann und Leiter eines Lagers, in welchem Kommunisten gefangen waren. 1973 wurde er Heeres-Chef, stürzte den marxistischen Präsidenten Salvatore Allende, der im Präsidentenpalast ermordet wurde. Pinochet löste das sozialistisch-marxistische Parlament auf, verbot die Arbeit politischer Parteien und Gewerkschaften und ließ marxistische Aktivisten verhaften. Es erfolgten Folterungen und Exekutionen an Kommunisten und auch anderen. 1974 erklärte er sich zum Präsidenten von Chile. Geschäftsleute und die katholische Rechte schätzten ihn, weil er dem Land eine beachtliche Wirtschaftsentwicklung beschert und Chile vor dem Kommunismus gerettet hat. 1988 wurde er bei Neuwahlen abgewählt und er machte, noch immer an der Macht, 1989 den Weg für die Demokratie frei, behielt sich aber das Recht vor, bis 1998 Senator zu bleiben.

Der eine war Kommunist, der andere Antikommunist Der eine wurde geehrt, nur weil er die Deutschen bekämpfte. Daß er für das Abendland mit Stalin zusammen eine Bedrohung war, wird beharrlich verschwiegen. Der andere bekämpfte den Weltkommunismus und wird nun von der Linken verfolgt.

(Aus Donautal Magazin) ■

Beim Schulfest bittet Hans die Lehrerin zum Tanz. "Ich tanze nicht mit einem Kind", antwortet diese unfreundlich. "Oh, entschuldigen Sie bitte", antwortet Hans schlagfertig, "ich wußte ja nicht, daß Sie in anderen Umständen sind". ■

Neue Vorschläge zur Entwicklungspolitik in Afrika!

Die "Coburger Lerche"

Wer kennt schon die Coburger Lerche? Nein, das ist kein städtischer Singvogel, wie z.B. die Feldlerche, die mich schon als Kind mit ihrem Trillern bis in große Höhen fasziniert hatte. Die "Coburger Lerchen" sind Tauben, und die können höchstens gurren. Diese Taubenrasse wird schon seit Ende des 19. Jahrhunderts in Franken und Thüringen zur Fleischerzeugung gezüchtet. Nach rund 6 Wochen hat diese Taube schon so viel Fleisch angesetzt, daß sie geschlachtet werden kann.

Nun hat oder haben sich ein paar ganz schlaue Köpfe ausgedacht, diese Taubenrasse in Afrika aus humanitären Gründen einzuführen, um der dortigen Hungersnot Abhilfe zu schaffen. Wenn man - so die Meinung der Projekterfinder - diese Taube an ausgesuchten Plätzen einführt, könne man kleine überschaubare Züchtereien unterhalten. Einmal diene es der Fleischerzeugung, weil die Eingeborenen oftmals unter tierischem Eiweißmangel leiden, und andererseits käme es der Arbeitsbeschaffung zugute.

Das hört sich auf den ersten Blick ja ganz gut an. Hilfe zur Selbsthilfe, Arbeitsplätze entstehen, und für die Ernährung wäre auch gesorgt. Aber treibt man damit den Teufel nicht mit dem Belzebub aus? Hier unsere Meinung:

In Afrika gibt es in zahlreichen Gebieten riesige Mengen an sogenannten Webervögeln. Besonders zur Regenzeit kommen diese in solchen Schwärmen vor, daß sie die Sonne verdunkeln. Dutzende von Entwicklungsprojekten gibt es, die sich nur mit der Bekämpfung und Eindämmung der Webervögel beschäftigen. Dasselbe könnte doch auch eines Tages mit der "Coburger Lerche" geschehen? Wer garantiert denn, daß die Tauben immer unter Kontrolle und Verschluß bleiben? Niemand! Sie würden sich unter den günstigen klimatischen Bedingungen, die sie auf dem afrikanischen Kontinent vorfinden, genauso schnell vermehren, wie es die Webervögel taten. Diese wurden von Indien über Madagaskar anfangs des 20. Jahrhunderts eingeschleppt, als Kenia englische Kolonie wurde. Damals brachten Kaufleute und Seeleute den Webervogel nach Afrika.

Ein Beispiel, wie sich verpflanzte Arten in neuer Umgebung explosionsartig vermehren können, geben die australischen Kaninchen. Diese wurden auf dem Kontinent eingeschleppt und fanden keine natürlichen Feinde. Ausrottungsversuche sind immer wieder gescheitert bzw. nach kurzer Zeit war die Plage wieder da.

Auch hier in Deutschland haben wir ein Beispiel. Da ist einmal der Waschbär, der in einigen Gegenden zur Plantagenplage geworden ist und wegen seiner hauptsächlich nächtlichen Tätigkeit kaum gefangen werden kann. Der Waschbär gehört auf den amerikanischen Kontinent. Und dann haben wir die sogenannte "Türkentaube", eine zwar harmlose, aber überflüssige Taube. Sie ist von den ersten türkischen Gastarbeitern in den Jahren 1950 - 1960 hier eingeschleppt worden. Sie ist in der Nähe von menschlichen Siedlungen anzutreffen, übersteht schadlos den Winter und ist genügsam. Sie vermehrte sich in der Folgezeit sehr stark und ist nun in ganz Europa anzutreffen. In der Bundesrepublik ist sie zur Jagd freigegeben.

S. Neubacher ■

„Profitables Recycling (Riseikling)"

Gewinnbringende Geschäfte mit der Wiederverwertung von Tierkadavern (nach UN 6/99). Jeder Haustierhalter, der seinen Bello oder seine Muschikatz liebt, bringt sie zum Tierarzt, wenn sie krank sind (Wartezeit bis zu 3 Stunden, Behandlungsdauer 5 - 10 Minuten, Doktor-Honorar ab 85.- DM aufwärts). Im Behandlungsraum - gute Tierärzte haben eine hochmoderne, klinikmäßige Ausstattung - werden sie mit Antibiotika und allem möglichen Zeugs gespritzt - und bleiben dabei brav hocken. Wollte ich das zuhause selbst machen, würden sie mich beißen und kratzen - ich spreche von unseren 3 Katern.

Kommt es vor, daß der Liebling trotz aller ärztlichen Fürsorge eingeschläfert werden muß, so erhält er zuerst ein Beruhigungsmittel und dann die tödliche Spritze, meistens ohne Wissen von Herrchen oder Frauchen, damit deren Nerven geschont werden. Die bekommen ihren Liebling auch nicht mehr zu sehen, er verschwindet nach dem Einschläfern in einem Plastiksack und landet in der nächsten Tierkörperverwertungsanstalt, früher auch schlicht "Abdeckerei" genannt. Dort wird er zusammen mit anderen abgespritzten Kadavern und den Abfällen von Schlachthöfen (wie Innereien, Köpfen, Hörnern, Krallen, Hufen, Augen, Exkrementen und Blut) "wiederverwertet", das heißt, in der Regel zu Tiermehl verarbeitet, das als "Zusatzfutter" für Schweine und Hühner verwendet, aber auch als "Kraftfutter" für Haustiere angeboten wird! Der Mensch nimmt dann mit dem geliebten Schweinebraten und dem gegrillten Hähnchen alle die Giftstoffe auf, die vorher in die lieben Viecher hineingespritzt wurden (siehe Dioxin-Skandal in Belgien!) Na dann

Guten Appetit!

Ich kann daher allen Haustierhaltern nur dringend raten: Ersparen Sie ihrem Liebling, ob Hund oder Katze, einen so würdelosen, unappetitlichen Tod, wenn seine Stunde kommt. Bestehen Sie darauf, beim Einschläfern dabei zu sein und lassen Sie sich den Kadaver nach erfolgter Prozedur aushändigen. Begraben Sie ihn im Garten, oder sonstwo, wenn Sie keinen Garten haben. Kein menschlicher Kadaver, auch der Ihres schlimmsten Feindes nicht, wird zu "Menschenmehl" als "Zusatzfutter" verarbeitet (kann aber noch kommen!). Warum dann Tiere, die ihren Besitzern mehr bedeuten, als irgendwelche fremden Menschen? Und die dann obendrein noch die menschliche Gesundheit gefährden!!

G. Schmitz

DER HERAUSGEBER dazu:

Hier muß ich leider einmal eingreifen: Es ist grundsätzlich verboten, Kadaver irgendwo zu beerdigen, auch nicht im eigenen Garten - Seuchengefahr! Nicht alle Tiere sterben an Altersschwäche, sondern haben evtl. ganz gefährliche Viren oder Bazillen in sich gehabt.

Und noch eine Anmerkung: Auch Pferde, Kühe oder Schweine werden durch Spritzen der verschiedensten Art behandelt! Auch meine Schafe muß ich jedes Frühjahr gegen Wurmbefall prophylaktisch spritzen. Mit dem Grünzeug der Wiese nehmen sie auch Schnecken auf, deren Finnen in Leber, Lunge oder auch ins Gehirn dringen können. Manches Schaf ist schon eines elenden Todes gestorben. Und die Schneckenplage nimmt von Jahr zu Jahr zu. Raten Sie mal, woher das kommt!?

E.H. ■

Ein 32 Jahre alter Brief

Maria Klumpp
7828 Neustadt
Rentnerin 26.9.67

Einschreiben! Persönlich

Herrn Rudolf Absolon,
Leiter der Zentralnachweisstelle
des Bundesarchivs
5106 Kornelimünster Kreis Aachen

Betr.: Freikorps Adolf Hitler
Bezug: Artikel in der "Rheinzeitung" v. 11. Sept. 1967

Sehr geehrter Herr Absolon !

Lange habe ich mir überlegt, ob ich Ihnen in o.a. Sache schreiben soll. Ich bin aber zu der Überzeugung gekommen, es doch tun zu müssen.

Der Verfasser des vorgenannten Artikels in der "Rheinzeitung" (ohne Namen) vom 11.9.67, Titel: "Nach der Kapitulation keine Beförderung mehr!" Untertitel: "Blick in die Karten der Mächtigen des Dritten Reiches, Freikorps Adolf Hitler stand nur auf dem Papier", behauptet damit, daß es nie ein solches Freikorps gegeben habe. Entweder ist der Verfasser nicht informiert, oder es handelt sich um eine bewußte Irreführung. Ich halte es deshalb für meine Pflicht, Sie darüber aufzuklären.

Wie die vorgenannte Zeitung sagt, besitzen Sie über das Freikorps A.H. lediglich ein bisher unbekanntes Dokument vom 28. März 1945, mit welchem die Aufstellung des Freikorps verfügt worden sei. Dabei aber sei es geblieben, die Verfügung sei nie in die Tat umgesetzt worden.

Dies entspricht nicht der Wahrheit! Das Freikorps Adolf Hitler hat bestanden, und zwar wurde es schon Anfang des Monats März 1945 aufgestellt. Der o.a. Führer-Erlaß datiert erst vom 28.3.45, weil um diese Zeit das Freikorps ausgebildet und in seine Aufgaben eingeführt war. Zu Anfang des Monats April 1945 ist das Korps in seine befohlenen Stellungen ausgerückt. Es umfaßte zu dieser Zeit mehrere tausend Männer und Frauen. Die meisten von ihnen sind, als die Reichshauptstadt von den Mongolen eingeschlossen wurde, nach dort marschiert und im Kampf um Berlin gefallen.

Das Korps war ein Geheimkorps. Weder in Presse noch Rundfunk durfte darüber gesprochen werden. Seine Angehörigen kamen nur über die Gau- und Kreisleitungen, sowie die politischen Ortsgruppen der NSDAP in das Korps.

Woher die Unterzeichnete dies so genau weiß? Das ist sehr einfach: weil ich selbst Mitglied des Freikorps Adolf Hitler gewesen bin!

Dokumente etc. darüber besitze ich selbstverständlich nicht mehr. Mein Ausweis, der rote Ärmelstreifen am linken Ärmel der Uniform mit dem schwarzen Aufdruck "Freikorps Adolf Hitler" und das winzige Büchlein, das die "Zehn Gebote des Freikorps A. H." enthielt, sind längst in den Kiefernwäldern außerhalb von Berlin verfault, wo ich sie auf meiner Flucht am 3. Mai 1945 vergraben habe (in der Nacht vom 2. zum 3.5.1945). Nachdem die Stadt kapituliert hatte, bin ich mit vier überlebenden Kameraden aus Berlin ausgebrochen und mit einem einzigen von ihnen lebend und unverwundet bei Tangermünde über die Elbe gekommen. Die drei anderen sind in dem fürchterlichen Beschuß, den wir im Grunewald hatten, noch durch Querschläger gefallen.

Nun noch einige nähere Einzelheiten über das Freikorps A.H., die Sie sicherlich interessieren werden:

Wie schon gesagt, wurde das Korps bereits Anfang März 1945 aufgestellt. Wir kamen aber nicht sofort in den Einsatz, sondern wurden im Blitztempo im Laufe eines Monats bis Anfang April 1945 ausgebildet. In einem großen einsamen Lager weit draußen vor Berlin an der Heerstraße wurden wir an folgenden Waffen ausgebildet: **Gewehr 98, Pistole, Maschinenpistole, Handgranate, Panzerfaust und zuletzt noch am deutschen Sturmgewehr**. Die Ausbildung umfaßte der kurzen Zeit wegen nur so viel, daß wir mit diesen Waffen umgehen, sie auseinandernehmen und wieder zusammensetzen konnten. Es wurde während der ganzen Ausbildungszeit mit diesen Waffen stets **scharf** geschossen. Die Ausbilder waren durchweg Offiziere, Feldwebel und Unteroffiziere der Wehrmacht, die infolge Verwundung nicht mehr frontdienstfähig waren. Ein Ausbilder hatte nicht mehr als höchstens vier oder fünf Angehörige des Korps unter sich.

Außerdem gehörten noch Nachtmärsche, Spähtrupp-Unternehmen, Tarnen etc. zur Ausbildung.

Die Einteilung des Freikorps war folgende: Gau-Schwarm, Kreis-Schwarm, Einzel-Schwarm. Der Gauschwarm umfaßte die Männer und Frauen des politischen Gaues, dem sie entstammten, der Kreis-Schwarm innerhalb des betreffenden Gaues jene des entsprechenden Kreises. Der Kreis-Schwarm wieder bestand aus Einzel-Schwärmen, die aus einer politischen Ortsgruppe des betreffenden Kreises stammten. Die kleinste Einheit war also der Einzel-Schwarm. Er bestand jeweils nur **aus neun Männern und einer Frau.**

Ich selbst gehörte zum Gau-Schwarm Berlin, Kreis-Schwarm I, Einzel-Schwarm 1. (Ich war die erste deutsche Frau, die dem Freikorps beitrat!).

Die Frauen, welche in das Freikorps aufgenommen wurden, mußten völlig unabhängig sein, sie mußten entweder ledig oder wenn verheiratet, ohne Kinder sein. Sie mußten kochen und nähen können, und sie mußten bereits im Deutschen Roten Kreuz ausgebildet sein.

Im Kampf aber waren sie nach den Gesetzen des Korps dem Manne gleichgestellt! Sie mußten außerdem vertrauenswürdig und verschwiegen sein. Dies galt ja auch für die Männer. Dazu mußten alle, Männer wie Frauen, radfahren können. Das Korps war durchweg mit Fahrrädern ausgerüstet.

Die Uniform des Freikorps - für Männer und Frauen gleich - bestand aus einer Trainingshose, Uniformjacke und Mütze, sowie Tarnanzug und Stahlhelm. Sie war braun und nur der schmale rote Ärmelstreifen am linken Ärmel mit dem schwarzen Aufdruck "Freikorps Adolf Hitler" kennzeichnete uns als Angehörige des Korps. Dieser Streifen mußte, wenn man in Gefahr kam in die Hände des Feindes zu fallen, unter allen Umständen mit dem Ausweis vernichtet werden. Außer dem Ausweis und Ärmelstreifen hatten wir noch das Büchlein mit den "Zehn Geboten", auf das ich noch zu sprechen komme.

Als wir nach der Ausbildung Anfang April 1945 ausrückten, bestand der Gau-Schwarm Berlin aus etwa 900 Mann und etwa 100 Frauen. Außer ihm gab es noch andere Gau-Schwärme, aus den nördlichen und westlichen Gauen des Reiches. Süd-

→

deutschland war nicht vertreten. Alle zusammen machte es schon eine kleine Armee von einigen tausend Männern und Frauen aus.

Der Gau-Schwarm Berlin rückte ab in den Raum Treuenbriezen-Niemegk und unterstand dem Oberbefehl der berühmten Armee Wenck, arbeitete aber völlig selbständig. **General Walther Wenck**, Kommandeur der damals aus den Jahrgängen des RAD von 1927/28 im März 1945 neu aufgestellten 12. Armee hat in seinen Gesprächen, die er 1957 mit Herrn H.W. Ritter, Journalist der "Welt am Sonntag", führte, selbst bestätigt, daß sich in Treuenbriezen damals Gruppen des Freikorps Adolf Hitler befunden haben.

Außer dem Ausweis und Ärmelstreifen hatten wir, wie schon erwähnt, auch das winzige Büchlein (nur 3 x 2 cm groß), das in feinstem Druck die "Zehn Gebote des Freikorps Adolf Hitler" enthielt. Dieses Büchlein mußte im Augenblick der Gefahr verschluckt werden. Das war ein strenger Befehl und eines der Zehn Gebote.

Die übrigen neun Gebote weiß ich nicht mehr alle auswendig. Sie enthielten aber ungefähr folgendes:

1.) Es gab keine Ränge im Freikorps. Ich weiß, daß eine Reihe von Offizieren, darunter auch Generale, dem Freikorps noch beigetreten sind. Sie mußten sofort Rang und Ehrenzeichen ablegen.

2.) Es gab im Korps keine Auszeichnungen. Es gab keine Eisernen Kreuze, keine Ritterkreuze etc.. Die einzige Auszeichnung, die einem Angehörigen des Korps nach einer hervorragenden Tat zuteil werden konnte, war eine öffentliche Belobigung vor versammelter Einheit. Mir selbst ist diese Auszeichnung ein einziges Mal zuteil geworden.

3.) Die Angehörigen des Korps kannten sich untereinander nur mit Vornamen.

4.) Die Frau war dem Manne im Kampfe gleichgestellt.

5.) Wir hatten im Freikorps das Recht, sogar die Pflicht, fahnenflüchtige deutsche Soldaten ohne Standgericht zu erschießen! In diese furchtbare Lage kam aber der Gauschwarm Berlin nie!

6.) Ein weiteres der Zehn Gebote war dieses: Jeder Mann im Freikorps, der einer Frau des Freikorps zu nahe tritt und sie mißbrauchen will, ist dem Tod verfallen. Er wird von seinen Kameraden ohne Gericht am nächsten Baum aufgehängt. Dieses Gebot hat das Korps rein und sauber erhalten. Jede Frau im Freikorps konnte ohne Sorge zwischen den Männern des Korps auf dem Stroh schlafen, sie wurde nicht angerührt.

Bevor wir Anfang April 1945 in die befohlenen Stellungen ausrückten, wurden wir in der uralten Kapelle des Gutes Alt-Döberitz, nicht weit von dem bekannten großen Truppenübungsplatz Döberitz, vereidigt.

Anwesend bei dieser Vereidigung war auch die Reichsfrauenführerin Frau Scholtz-Klink mit einer Begleiterin. Die Reichsfrauenführerin, sonst eine sehr ruhige beherzte Frau, hat während der ganzen Zeremonie bitterlich geweint. Nach Schluß der Vereidigung hat sie sich mit Handschlag von uns Frauen besonders verabschiedet und unter Tränen folgende Worte, die ich nie vergessen werde, gesagt: "Meine Kameradinnen, es geht jetzt um das Letzte und ich bin keine Reichsfrauenführerin mehr. Ich habe keine Gaue mehr zu verwalten, keine Akten mehr zu wälzen. Ich bin nur noch die einfache Parteigenossin, und diese geht jetzt nach Berlin zurück, um an der Seite des Führers für Deutschland zu sterben!" (Diesen Vorsatz hat sie aber nicht gehalten.)

Das war es: für Deutschland zu sterben! Wir haben unsern Eid in der Gutskapelle von Alt-Döberitz nicht mehr auf den Führer abgelegt, obwohl das Freikorps seinen Namen trug! Wir haben unsern Eid auch nicht mehr auf die Hakenkreuzfahne abgelegt! Wir haben nur geschworen, uns für unser Vaterland, für das heilige Deutschland, für die deutsche Erde einzusetzen und dies bis zum letzten Tropfen unseres Blutes. Dieser Eid bindet mich noch heute und er wird mich binden bis zu meinem Tode! - **Das Freikorps Adolf Hitler kämpfte und starb für Deutschland!**

Das ist in kurzen Zügen die Geschichte des unbekannten Freikorps Adolf Hitler, und diese Geschichte ist wahr, so wahr mir Gott helfe!

Ich bin stolz diesem edlen tapferen Korps noch angehört zu haben, in welchem sich in letzter Stunde noch einmal die besten Kräfte unseres Volkes gesammelt haben, in welchem noch die heute vielfach vergessenen und verachteten Begriffe, für die wir angetreten sind, die Begriffe: Heimat, Vaterland, Ehre, Treue, Tapferkeit, Pflichterfüllung, Heldentum hochgehalten worden sind!

Freikorps, dem immer auch Frauen angehörten, hat es zu allen Zeiten und in all den Völkern gegeben, denen der Begriff "Freiheit" noch etwas gegolten hat!

Ich schulde es den namenlosen Toten unseres Freikorps Adolf Hitler, ihre Geschichte hier aufgeschrieben zu haben! Ich hoffe, daß Ihnen meine Mitteilungen über das Freikorps A.H. für die Zentralnachweisstelle des Bundesarchivs von Nutzen sein werden. Jedenfalls wollte ich damit erreichen, daß die Existenz des Freikorps nicht mehr, wie in der "Rheinzeitung" vom 11.9.1967, weiterhin geleugnet wird! **Das hat dieses tapfere Korps nicht verdient!**

gez.: Maria Klumpp ■

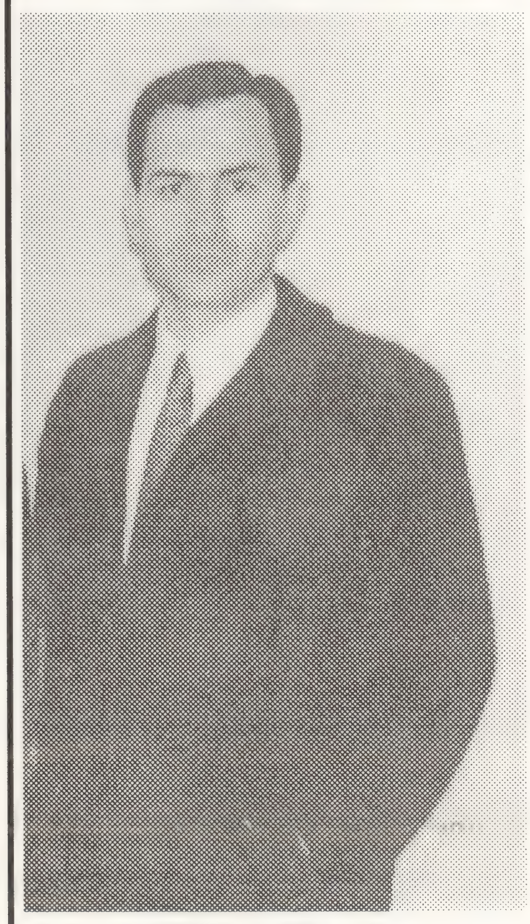
Urteil gegen Pedro Varela aufgehoben

Wie der SCHEINWERFER im März berichtete, wurde der 41jährige spanische Revisionist Pedro Varela Ende letzten Jahres zu fünf Jahren Haft verurteilt, weil er in seiner Buchhandlung »Librería Europa« unter anderem revisionistische Werke anbot, die der offiziellen Geschichtsschreibung widersprechen. Varela war der erste Spanier, der aufgrund der inzwischen europaweit eingeführten Anti-Revisionismus-Gesetze verurteilt wurde. Ins spanische Strafgesetzbuch wurde der Tatbestand des Anzweifelns von Geschichtsdogmen erst nach einer Novelle von 1996 aufgenommen.

Wie das britische Magazin *National Journal* als erste Publikation im Internet mitteilte, hat das Oberste Gericht des Staates Katalonien das Urteil des Distrikt-Gerichts Barcelona vom 17. November 1998 gegen Varela aufgehoben. Die Entscheidung sei endgültig, eine Revision nicht mehr möglich. Das ursprüngliche Urteil sowie das zugrunde liegende Gesetz (Artikel 607) seien vom Gericht für rechtsunwirksam erklärt worden. Ein solches Gesetz, so werden die Richter zitiert, beraube die Menschen ihrer Grundrechte auf freie Meinungsäußerung (UN-Charta, Artikel 19). Nun müsse der spanische



Verfassungsgerichtshof in Madrid entscheiden, ob das Zensurgesetz der spanischen Verfassung entspricht. Diese Meldung wurde inzwischen auch von Varelas Anwalt José María Ruiz Puerta bestätigt.



Pedro Varela

Ein Rückblick: Die Gerichtsverhandlung gegen Pedro Valera fand am 16. Oktober 1998 statt, das Urteil wurde am darauffolgenden 16. November 1998 verkündet: 5 Jahre Gefängnis, eine beträchtliche Geldstrafe, Aufbürdung der Gerichtskosten und gewaltige Zahlungen an jüdische Organisationen. Darüber hinaus wurde die Vernichtung von 124 Lithos von Buchtiteln, 324 Videos, zahlreichen Zeitschriften und Originalphotos sowie umfangreichen historischen Materials angeordnet.

Dem jüngsten Richterspruch zufolge wurde, um die Anklage zu ermöglichen, Artikel 20 der spanischen Verfassung gebrochen und rechtswidrig ein Index verbotener Bücher eingeführt. Das stehe im Widerspruch zum spanischen Grundrecht, sich frei zu informieren und bedeute eine Erschütterung des Fundaments des spanischen Rechtsstaats.

Varela bezeichnete die Staatsanwaltschaft und die willfährigen Richter der ersten Instanz als "Leute, die im Namen der Justiz bereit seien, Bücher zu verbrennen bzw. deren Verbrennung anordneten". Ihr Tagesgeschäft sei es, Andersdenkende einzusperren. Er habe sich mit seiner Buchhandlung zur Aufgabe gemacht, für die Rede-, Meinungs- und Informationsfreiheit aller zu kämpfen. Allein wegen seiner freien Gesinnung sei er nun das Opfer unerbittlicher Verfolgungswut geworden. "Sie verbrennen nicht nur die beschlagnahmten Bücher, sondern sie sind auch dazu übergegangen, die Buchhandlung 'Librería Europa' mit barbarischer Gewalt zu vernichten", so Varela. Er spielt damit auf einen Überfall an, der sich ca. 2 Monate nach der Verurteilung ereignete: Am 16. Januar 1999 drang während einer sogenannten Demonstration ein aufgehetzter Mob mit Knüppeln, Steinen und Brandsätzen bewaffnet in die 'Librería Europa' in der Séneca-Straße ein. Der Eisenrolladen und die verschlossene Tür wurden aufgebrochen. Der Mob demolierte die Einrichtung, Bücherregale, Vitrinen, Möbel, Büromaschinen, Fensterscheiben und Verglasungen. Selbst die Treppen und viele Bodenfliesen wurden aus dem Boden gerissen. Die sogenannten "Demonstranten" stürzten die Wandregale um und warfen sämtliche Bücher auf die Straße und zündeten sie an. Die Überreste wurden von den Maschinen der Stadtreinigung entsorgt, die seltsamerweise sofort zur Stelle war, als hätte sie in einer Nebenstraße gewartet.

"Obwohl ich die Staats- und die Regionalpolizei lange genug im voraus verständigt hatte, und trotz der zahlreichen Telefonanrufe von Nachbarn und Freunden der Buchhandlung kam keine Polizei, um Privateigentum, ein Geschäft und die öffentliche Sicherheit zu schützen", so Varela. Immerhin brauchten die Angreifer länger als eine halbe Stunde, bis es ihnen gelang, den Hauseingang aufzubrechen. Varela weist darauf hin, daß zwei Einsatzwagen der Stadtpolizei die Demonstration begleiteten, aber keiner von ihnen die Ausschreitungen verhinderte. Im Gegenteil – sie zogen sich zurück, als die Demonstranten gewaltsam in die Buchhandlung eindrangen, wie Augenzeugen und Anwohner einhellig zu berichten wußten.

Der Straßenmob als Handlanger der Staatsanwaltschaft

"Ich bedaure, daß man die Buchhandlung 'Librería Europa' nicht schließen kann", erklärte J. M. Mena, Generalstaatsanwalt von Katalonien. Unter seiner Führung hatte die politische Polizei in Varelas Buchhandlung 20.972 Publikationen beschlagnahmt. Alle Informationen lassen darauf schließen, daß es auch eine Anweisung von der Staatsanwaltschaft gab, der Buchhandlung 'Librería Europa' nicht beizustehen. "Ein klares Amtsverbrechen", erklärt Varela bitter. "Wenn es der Obrigkeit nicht gelingt, Andersdenkende gefügig zu machen, läßt sie Terroristen und deren Mitläufer ran".

Trotz des massiven Terrors will sich Varela auch in Zukunft nicht verleiten lassen, auf die Angriffe seiner Gegner mit Gegengewalt zu reagieren. Nur mit Gutem lasse sich Übel bekämpfen, teilte er deutschnationalen Kreisen mit. Das sei bestimmt schwer, dennoch gebe es keinen anderen Weg für Idealisten. "Die Wahrheit gehört zum Gefolge des Guten. Wir haben das Recht zu wissen, das Recht zu zweifeln, das Recht zu diskutieren. Die international verbrieften Menschenrechte garantieren uns ferner das Recht, Bekanntes zu hinterfragen und unsere kontroversen Forschungsergebnisse der Öffentlichkeit zugänglich zu machen".

Varela beschreibt das Selbstverständnis der Revisionisten so: "Man verlangt von uns nicht nur blinden Glauben, sondern man will uns sogar die Wahrnehmung unseres angeborenen Charakterinstinkts, zu zweifeln, verbieten.

Goethe-Geburtstag: Alle feiern mit!



Es ist ja schön, daß manchmal in Deutschland auch noch ein bißchen Kultur gepflegt wird. Aber mit der 250jährigen Geburtstagsfeier unseres Dichterfürsten Goethe hat man es - wie immer bei uns - mal wieder übertrieben. Überall Straßenbühnen mit Aufführungen an ein Volk, das wohl kaum noch Goethes Werke liest - besonders wenn man an die vielen Ausländer denkt. Denen geht es hier in Deutschland doch sowieso nur ums Geld und Wohlergehen. Und dementsprechend hat auch gleich der Bankvorstand der Deutschen Bank, Rolf-Ernst Breuer, eine Million Mark für dieses "Volksfest" gespendet. Wir sehen ihn hier gut gelaunt und braungebrannt aus dem Urlaub zurück mit der linksgedrallten Oberbürgermeisterin Petra Roth, die sich über die Spende freut (während anderswo deutsche(!) Kinder sich auf Bahnhöfen mit dem Verkauf ihrer Körper ihr tägliches Essen und Bett verdienen müssen!!). Wem nützt das verlogene Hochhalten einer Kultur, wenn wir über 4 Millionen registrierte(!) Arbeitslose haben? Wem nützt das verlogene Hochhalten einer Kultur, wenn wir nachweislich über 3 Millionen total hoffnungslos verschuldete Haushalte haben? Wohlgemerkt Haushalte! Wieviel deutsche Menschen sind das? Ausländer sind es bestimmt nicht, denn die werden ja vom Staat mit allem, was das Herz begehrt, versorgt.

Aber Frankfurt am Main kann noch mehr

Hier eine Riesenstimmung beim Schäfergassenfest in der Frankfurter Innenstadt. Die kleine Straße platzte fast aus allen Nähten. Die Veranstaltung "For Gay Guys 'n Girls" war ein Riesenspaß - nicht nur für Homosexuelle. Auch "Ottonormalverbraucher" kam, sah und staunte, was die verrückten Gay-People zu bieten hatten. Ob heiße Dessous-Modenschau oder Transvestie-Show, jeder kam "auf seine Kosten"!? Das war am 4.7.

Aber die Presse machte sofort auf das nächste "Fest" aufmerksam, damit auch diejenigen, welche die Subkultur versäumt hatten, vom 16. bis 18. Juli alles nachholen können. Dann wird (wurde) nämlich auf der Konstabler Wache der Christopher Street Day gefeiert. Mit vielen Ess- und Infoständen sowie einem Non-Stop-Bühnenprogramm wurde einem (begeisterten?) Publikum das "leckere" Lesben- und Schwulenleben nahegebracht. Höhepunkt der Veranstaltung war eine Schweigeminute für Frankfurts Aids-Opfer. 850 schwarze Luftballons stiegen am Samstag gegen 18 Uhr in die Höhe.

Man fragt sich manchmal, ob unser Volk schon völlig verloren ist, oder ob noch einmal eine Rettung kommt? Zur Zeit ist noch kein Licht vom Ende des Tunnels zu sehen. Wir leben in einer Zeit der völligen Widersprüche. Auf der einen Seite wird "krampfhaft" Goethe gefeiert, auf der anderen Seite verkommen wir im moralischen Sumpf. Im Ausland wurden bereits aus angeblichem Geldmangel Goethe-Institute geschlossen, und hier geben wir Millionen an Steuergeldern für zweifelhafte Monumental-Denkmäler einer verflossenen Epoche aus. Wem nun noch immer nicht klar geworden ist, daß es nur um die Auslöschung des Deutschen geht, ist ein Idiot!

E.H. ■





Wer uns verbietet zu zweifeln, dessen Aufrichtigkeit zweifeln wir grundsätzlich an. Wir haben gesagt, daß wir Lügen mit der Wahrheit bekämpfen. Das soll auch so sein. Wenn diejenigen, deren Thesen von vielen Autoren in Zweifel gezogen werden, die Wahrheit auf ihrer Seite hätten, würden sie auf alle Fragen gelassen und geduldig reagieren. Sie würden ihre Unterlagen und 'Beweise' nicht verheimlichen. Sobald sie aber der Lüge überführt werden, rufen sie nach dem Richter, verschanzen sich hinter der Obrigkeit und benutzen die Medien, um jedwede Opposition zu kriminalisieren".

Eine Gruppe von Freunden der 'Librería Europa' versucht, diese unter großem persönlichen Einsatz wieder aufzubauen. Der Schaden ist sehr hoch – ca. drei Millionen Peseten. Außer den Türen und den Einrichtungen wurden die meisten Bücher zerstört, andere eignen sich nicht mehr zum Verkauf. Wer beim Wiederaufbau der Buchhandlung und bei der Wiederbeschaffung der vernichteten Bücher helfen möchte, damit auch weiterhin der Öffentlichkeit die Kehrseite der Geschichte aufgezeigt werden kann, wende sich bitte an unseren Verlag. Wir vermitteln weiter. Die Redaktion ■

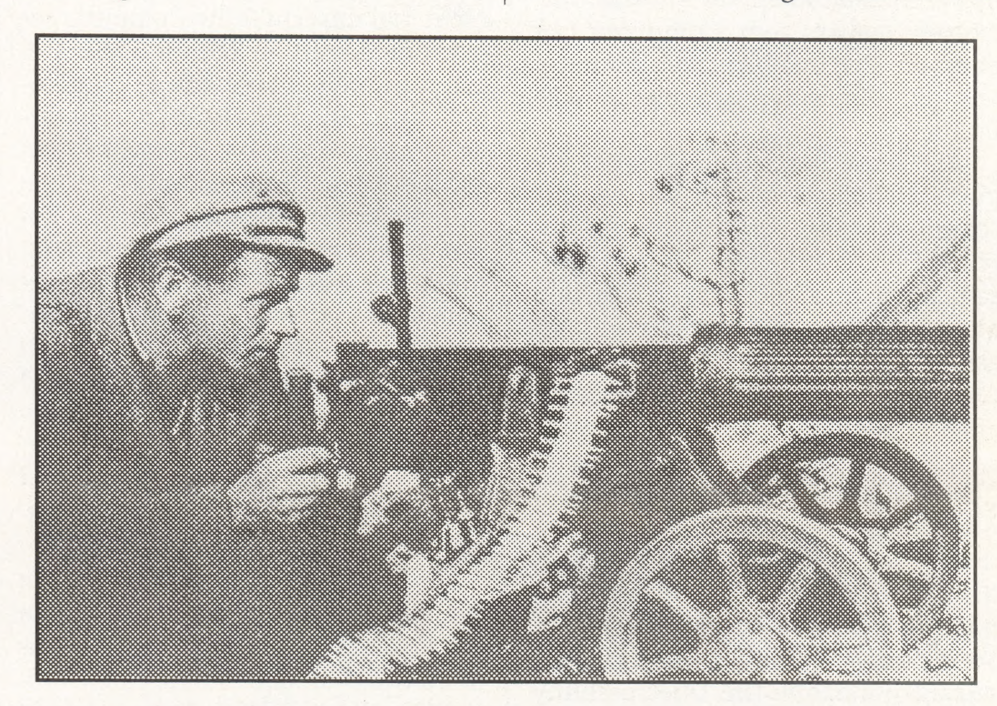
Großer Erfolg unserer kleinen Broschüre "Bonn bombt Belgrad"

Bis auf 4 Exemplare, die hier noch liegen, wurde die gesamte Auflage verkauft. Unser langjähriger Leser G. Schmitz hat dazu noch eine Korrektur und Wissens-Erweiterung beizutragen. Hier sein Brief:

Das gute alte Maxim-MG. (wassergekühltes, nach dem Rückstoßprinzip arbeitendes Maschinengewehr, früher praktisch in allen "Kultur"-Staaten der Erde verbreitet) hat der Amerikaner Hiram Maxim aus dem US-Staat Maine nicht schon 1863 erfunden, wie auf Seite 8 der hochinteressanten Broschüre "Bonn bombt Belgrad" steht, sondern etwas später. 1863 gab's noch keine Metallpatronen, und die sind für ein Maschinengewehr dringend nötig. Das erste englische Patent auf sein Maschinengewehr erhielt Maxim im April 1883 vom Londoner Patentamt. Die amerikanische Regierung hatte damals an einer Erfindung kein Interesse, also ging er damit nach England, wo sein MG. sofort auf großes Interesse stieß. 1884 übernahm die Londoner Firma Vickers & Sons die Maxim-Produktion und stellte Maxim als Generaldirektor ein. Die Firma hieß dann: "Vickers, Sons & Maxim". Er erhielt in England große Ehrungen, wurde vom König geadelt, "Sir Hiram Maxim" und starb 1916, als seine MGs an allen Fronten im Einsatz waren.

Bereits 1886 setzten die Engländer die ersten, Maxim-MGs im Sudan ein, noch mit der alten, dicken Schwarzpulverpatrone des britischen Henry-Martinigewehrs von 1871, und schossen damit die aufständischen Derwische des "Mahdi Omdurman" zusammen. Aber das Schwarzpulver erzeugt bei der Verbrennung starken Schmauch und die MGs waren nach wenigen Feuerstößen unbrauchbar. Ein neues rauchloses Pulver, und eine neue kleinkalibrige Patrone mußte her, das war die 1888 für das Lee-Metford Mehrladegewehr eingeführte .303 britisch (7,62 x 56) die zunächst auch noch mit Schwarzpulver, dann mit "Codite", mit Nitro-Pulver getränkte Baumwollfäden, geladen wurde. Bald enstanden daraus neue, rasante Pulverlaborierungen, speziell für Maschinngewehre.

1896 erwarb die Firma Loewe in Berlin, später Deutsche-Waffen und Munitionswerke (DWM) - Markenzeichen war der Davidstern(!) - von Vickers, Sons & Maxim die Lizenz zum Bau des Maxim MGs, das im deutschen Heer zunächst nur zögernd eingeführt wurde. Haupt-Gegenargument: Der hohe Munitionsverbrauch. (Dabei war die Munition damals im Vergleich zu heute lächerlich billig!)



Rußland erwarb die Maxim Lizenz 1901, dachte aber zunächst nicht daran, MGs einzuführen, die außerdem im Ausland hergestellt werden mußten, da es in Rußland dafür noch keine geeignete Fabrik gab. Der Mangel an Maschinengewehren führte, im russisch-japanischen Krieg (1905) zum Desaster. In der Schlacht von Mukden (Sept. 1905) wurden die russischen Linienregimenter reihenweise von den japanischen Maxim-MGs im Kreuzfeuer zusammengeschossen. Die russischen Offiziere hatten ihren einfältigen "Muschiks" gesagt, die Japaner wären Wilde und schössen noch mit Pfeil und Bogen. Ein alter Rußland-Deutscher, der als russischer Soldat die Schlacht überlebte, hat es mir erzählt.

Nach 1905 wurde das Maxim-MG auch in Rußland hergestellt und kam im 1. Weltkrieg und danach in großen Mengen zum Einsatz. Die Sowjets und ihre Satteliten führten es bis lange nach 1945. Auf dem Foto: Ein russisches Maxim-MG mit Räderlafette im spanischen Bürgerkrieg. Die Sowjetunion lieferte über 6000 Stück an Rotspanien. Die russische Bezeichnung hieß:
Stankovy Pulemyot Maksima otr. 28/32, Kaliber 7,62 Tokarew.

Das Bild stammt aus einem DDR-Buch über deutsche Kommunisten im spanischen Bürgerkrieg und soll den berüchtigten Polit-Kommissar Hans Beierlein der 11. Interbrigade darstellen, der (angeblich) aus einem deutschen KZ nach Spanien geflohen war. Beierlein fiel im November 1936 im Casa del Campo, dem Stadtpark von Madrid. Der Legende nach ist er von hinten(!) erschossen worden.

Folgendes Lied haben wir als Kinder gesungen (Melodie vom guten Kameraden): "Vor Madrid auf Barrikaden, das Herz mit Haß geladen, stand Hans der Kommissar. Auf Spaniens blut'gen Straßen für das Recht der armen Klassen, starb Hans der Kommissar". Die Nationalsozialisten brachten seinen Tod in allen Zeitungen.

Günter Schmitz

■

Der Aufseher verkündet den Galeerensträflingen: "Ihr dürft euch jetzt etwas ausruhen. Außerdem werden frische Getränke und Obst gereicht und für jeden ein Hähnchen". Die Sträflinge sind sprachlos. Nur einer von ihnen wagt es und fragt nach dem Grund. "Nutzt die Pause gut", antwortet der Aufseher, "der Kapitän will heute nachmittag Wasserski laufen".

■

Das Millenium-Problem

Liebe Leser und Freunde!



Immer wieder, wenn ich mich mit irgendwelchen Leuten unterhalte und die Computerprobleme zum Jahrtausendwechsel anspreche, höre ich die Argumentation "es wird doch alles übertrieben" oder: "es wird schon nicht so schlimm werden", usw.. Die meisten Leute aber, die mir das antworten, haben vom Computer (zu deutsch: Rechner) so viel Ahnung, wie ein Maulwurf von der Raumfahrt.

Alle diese beschwichtigenden Argumente haben mich jetzt zur Tat schreiten lassen. Ich habe drei Computer. Den ältesten kann man vergessen, denn er arbeitet noch mit den alten Floppys - das sind die großen schlabrigen Disketten. Der zweite Computer ist ca. 6 Jahre, der dritte erst 19 Monate, also noch keine 2 Jahre alt. Ich bezeichne ihn immer noch als "den Neuen". Ich habe also diese beiden Computer geprüft, indem ich ihnen das Datum 31.12.1999 eingegeben habe, um am nächsten Tag das Resultat zu sehen. Sie hätten ja nun den 1. Januar 2000 anzeigen müssen. Die Überraschung war groß.

Fangen wir mit dem 6 Jahre alten Rechner an. Er brachte am nächsten Morgen das stolze Datum vom **4. Januar 1980** auf den Bildschirm. In der Sparte "Einstellungen" wollte ich nun das richtige Datum - also 1.1.2000 - eingeben. Da gab es die zweite Überraschung - der Computer reagierte völlig anders. Er sprang auf das Datum 1. Januar 2099 um. Und er ließ sich ums Verrecken nicht mehr umprogrammieren. Er reagierte einfach nicht und brachte mich fast zur Verzweiflung. Bis ich schließlich auf die Idee kam, ihm im DOS-Modus das richtige heutige Datum wieder aufzuzwingen. Computerbesitzer wissen, was gemeint ist. Einige Tage später habe ich den Versuch noch einmal gemacht, diesmal aber bei eingeschaltetem Gerät. Ich bin also ins Bett gegangen und habe den Computer am nächsten Tag überprüft, wie beim ersten Test. Und siehe da, nun hat mein Rechner ganz brav auf den 1. Januar 2000 umgeschaltet. Ich habe ihn dann ausgeschaltet und nach kurzer Zeit wieder eingeschaltet, um zu prüfen, ob er das neue Datum beibehalten hat. Er hat! Lehre aus diesem Versuch: Zum Jahreswechsel den Computer eingeschaltet lassen. Ich habe den Versuch mit eingeschaltetem und ausgeschaltetem Computer übrigens mehrmals gemacht und immer dasselbe Resultat erhalten.

Mit dem "neuen" Gerät gab es keine Schwierigkeiten, da ging die Zeitumstellung problemlos vor sich. Bei "Fachleuten" ist mein (neuer!)19 Monate alter Computer natürlich schon total veraltet. Und sie haben dabei nicht mal unrecht. Eine Computergeneration dauert im Schnitt 6 Monate, somit ist meiner jetzt schon "Großvater". Und genau das ist es, was heutige Betriebe - also die Wirtschaft - so stark belastet. Eine Computeranlage ist ja nicht gerade billig, denn sie kostet viele tausend Mark. Wenn man mithalten will - ja muß - bleiben einem diese Ausgaben nicht erspart, obwohl sich die alten Computer noch längst nicht amortisiert haben. Und da die gesamte Wirtschaft davon betroffen ist, wirkt sich das auch auf Produktions-Kosten (fast aller Waren) aus - ja, mancher geht daran kaputt!

Und nun stelle man sich vor, da hat jemand seine Rechneranlagen aus Kostengründen nicht dauernd erneuert und steuert damit einen Produktionsablauf. Wie dumm schaut der am **4. Januar 1980** (siehe oben) aus der Wäsche, wenn alles stillsteht??

Verehrte Leser, ich wollte Ihnen diese Geschichte nicht vorenthalten, damit Sie endlich begreifen, wie ernst es mit dem Millenium-Problem ist. Und wenn mancher vielleicht auch überheblich gelächelt hat, als ich im Juni die Vorratsliste für Notfälle veröffentlichte, mag er meinetwegen im Aufzug stecken bleiben oder vor einem geschlossenen Geldautomaten stehen - ich habe gewarnt! Es muß nicht für jeden so kommen, aber einiges wird schon passieren. Noch einmal: Der Strom wird sicher nicht ausfallen, aber evtl. der Steuerungsmechanismus - und wer dann im Aufzug steckt . . .? Ich hatte ein ernstes Gespräch mit meiner Bank und sie sehen ebenfalls besorgt auf die Umstellung, obwohl sie glauben, alles Denkbare geregelt zu haben. Auf jeden Fall sollte sich jeder spätestens Anfang Dezember einen größeren Geldbetrag hinlegen. Wenn alles gutgegangen ist, kann er das Geld ja Anfang nächsten Jahres zur Bank wieder zurück bringen.

* * *

Eine längere Stellungnahme zum Tod von Bubis oder dem Erdbeben in der Türkei kann ich mir ersparen. Beides wurde ja im Leserbrief von K. Ortloff in meinem Sinne angesprochen. Natürlich ist das Erdbeben eine furchtbare Sache. Und es ist auch nichts daran auszusetzen, daß wir helfen. Aber daß unsere Helfer und die einiger anderer Länder schneller am Ort des Geschehens waren als die Türken selbst, ist ein Armutszeugnis für die türkische Verwaltung. Warum hat dieses Land keine eigene Katastrophen-Organisation, obwohl doch Erdbeben in dieser Region naturgegeben sind? Warum haben die keine eigenen ausgebildeten Such-hunde? Verläßt sich dieses Volk immer nur auf Auslandshilfe? Wer am Fernseher gesehen hat, wie die quasselnden Weiber und später auch die türkischen Soldaten tatenlos herumstanden, während unsere Leute dort unter Hochdruck nach Verschütteten suchten und arbeiteten, dann packte einen die kalte Wut! Unsere Helfer haben viele Tage und Nächte ohne Schlaf durchgearbeitet, und die türkischen Soldaten begnügten sich damit aufzupassen, daß keine Plünderungen stattfinden.

Und unsere Regierung hatte außer der großen - auch finanziellen - Hilfe nichts Eiligeres zu tun, als die jetzt obdachlos gewordenen nach Deutschland einzuladen, sogar ohne Visum! Es ist leider nicht bekannt, bzw. wird nachrichtlich unterdrückt, wieviele davon Gebrauch machen (und noch werden). Aber eines steht heute schon fest: wer hierher kommt, wird voll versorgt - und setzt sich fest, für alle Zeit! Und dann wird eines Tages die noch lebende restliche Verwandtschaft nachgeholt - im Zuge der Familienzusammenführung! Kann man von einer . . . .regierung anderes erwarten?

Ich grüße Sie, meine alten und neuen Leser
Ihr [Unterschrift]

■

Ein Holsteiner Landwirt ist zum erstenmal in München im Hofbräuhaus: "Könnten Sie mir ein Glas Milch bringen, Zenzi?" "Na", stöhnt die Kellnerin, "aber a schöns Bilderbuch hätt'mer da."



■

Leserbriefe - Mitteilungen - Zuschriften - Meinungen - Leserbriefe - Mitteilungen - Zuschriften - Meinungen

Immigranten bedrohen Österreichs Existenz

Auf Grund einer völlig falsch verstandenen Fremdarbeiter-Politik sowie auf Grund einer total verfehlten Einbürgerungs-Politik seitens einer 13jährigen sozialistischen Alleinherrschaft und angesichts einer 16jährigen roten Mehrheitsregierung ist Österreichs Identität, Existenz und Eigenständigkeit sowie viele Bräuche und Sitten, Gewohnheiten, Fest- und Feiertage, dazu die deutsche Amts- und Muttersprache samt der Kultur des Abendlandes deutscher Nation äußerst gefährdet!

Durch eine unverantwortliche, grenzenlose Über- und Verfremdungs-Politik seitens gewisser Parteifunktionäre, u.a. Dr. Zilk und sonstiger linker Genossen, ist Österreich doppelt gefährdet und bedroht! Hier eine kleine Auswahl von Beweisen:

Bei einer Einwohnerzahl von 7 Millionen ist ein Ausländer-Anteil von 3% (= 210.000) höchstzulässig und auch noch tragbar. Wir in Österreich haben aber offiziell einen Ausländeranteil von 10 %(= 700.000), wobei dieser nachweisbar bewußt stark untertrieben wird. Allein mehr als die Hälfte der 23 Wiener Bezirke weisen einen Ausländer-Anteil von 20 % bis mehr als 40 % auf.

Der Ausländer-Anteil in den Wiener öffenlichen Schulen, lt. Stadtschulrat von 1998, beweist die totale Handlungsunfähigkeit der österreichischen Bundesregierung. In nicht weniger als 8 Wiener Gemeindebezirken beträgt der Ausländer-Anteil bereits 81 - 96%! Über den Ausländer-Anteil im 2. und 9. Wiener Bezirk von 100 % schweigt man geflissentlich.

Anhand dieser hier aufgezeigten unbestrittenen Tatbestände und Gegebenheiten ist die österreichische Bundesregierung öffentlich aufgefordert und auch verpflichtet, innerhalb eines angemessenen Zeitraumes durch geeignete Maßnahmen und Gesetze diese unerträglichen Gegebenheiten auf ein erträgliches Maß zu reduzieren.

Sollte die österreichische Bundesregierung jedoch nicht mehr in der Lage sein, dieser Aufforderung ohne WENN und ABER nachzukommen, so ist die überwiegende Mehrheit der angestammten österreichischen Bevölkerung zur Wahrung seiner mehr als tausendjährigen Identität und Existenz nicht nur berechtigt, sondern auch verpflichtet, im Rahmen der geltenden Gesetze zur Selbsthilfe zu greifen, bevor es zu spät ist!

Josef Haffner, A-1201 Wien, Pf. 10

Unverminderte amerikanische Einmischung!

Über ein halbes Jahrhundert ist inzwischen seit dem Ende des zweiten Weltkrieges vergangen. Aber die finanziellen Forderungen gegenüber dem deutschen Staat und dessen Wirtschaft seitens amerikanischer Anwälte, welche ehemalige Zwangsarbeiter und deren Nachfolger vertreten, halten unvermindert an!

Und die Spirale dreht sich unvermindert weiter. Nach einer amerikanischen Untersuchung kann die Bundeswehr um 85.000 Mann verkleinert werden, ohne dabei die Sicherheit Europas zu gefährden (lt.Monitor vom 22.07.99). Woher nehmen sich die Amerikaner überhaupt das Recht heraus, eine solche Untersuchung durchzuführen? Dies ist eine rein innerdeutsche Angelegenheit, hier haben sich Außenstehende Überhaupt nicht einzumischen und schon gar nicht die Amerikaner. Mischen sich die Deutschen etwa in inneramerikanische Verhältnisse ein? Wohl kaum. Ein Aufschrei würde durch die amerikanischen Medien gehen!

Wer kann uns denn heute garantieren, wie friedlich die Welt in wenigen Jahren sein wird, wohin sich etwa Russland nach den nächsten Wahlen entwickeln wird? Wer beispielsweise schützt unser Land und unser Bündnis vor Despoten mit weitreichenden Chemiewaffen-Flugkörpern, wer sichert unseren Export auf den Seewegen? Die Qualität, Ausbildung und Ausrüstung unserer Soldaten muss auch in Zukunft gewährleistet sein. Keinerlei Kürzungen im Wehretat unter Beibehaltung der jetzigen Truppenstärke!

Waren die USA 1998 nicht einer der größten Waffenexporteure? Einem Bericht des US-Kongresses zufolge handelte das Land 1998 Verträge im Wert von 7,1 Millarden Dollar (12,9 Millarden Mark) für Waffenexporte aus. Es ist das achte Jahr in Folge, in dem die USA die Rangliste anführen. An zweiter Stelle folgt Deutschland mit einem Verkauf von Rund zehn Millarden Mark, gefolgt von Frankreich mit 6,5 Millarden Mark. (WamS 08.08.99)

Haben die USA etwa Befürchtungen, die BRD könnte ihnen die Rangliste bei den Waffenexporten wegnehmen, oder die Bundeswehr könnte zur europäisch militärischen Großmacht aufsteigen? (ohne Atomwaffen)!

Wann erkennen endlich auch die USA, daß die BRD ein souveräner eigenständiger Staat ist und keine Bevormundung durch die amerikanische Regierung und deren Vertreter braucht!

Detlef von Seggern ■

Impressum:



HERAUSGEBER und verantwortlicher REDAKTEUR: Eberhard Hefendehl
ODAL-Verlag: 96476 Bad Rodach, Sülzfeld 14.
Telefon (09564) 3185, Fax (09564) 4083.
Mitarbeiter: Paul J. Muenzer, Hans von Schnevoigt, Hansi Raschke, Dr. Astrid Witmer, Siegfried Neubacher, Karl Eichbaum, Detlev von Seggern u. a.
Erscheinungsweise jeweils zwischen Mitte und Ende eines Monats. Jahresabonnement 48,- DM (24,54 EUR) einschließlich Mwst. und Porto. Vierteljahresbezug 12,- DM (6,14 EUR) Halbjahresbezug 24,- DM (12,27 EUR) einschl. Mwst. und Porto. Lieferungen in das überseeische Ausland aus Portogründen nur noch als Seepost. Österreichisches Jahresabonnement 340,- öS (EUR siehe oben). Einzelexemplare 29,- öS. Im Falle höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Zeitungslieferung oder Rückzahlung des Bezugsgeldes. - Für eingesandte Manuskripte, sowie Quellen irgendwelcher Art, übernimmt der Verlag keine Haftung. Für namentlich gezeichnete Beiträge, sowie Leserbriefe, übernimmt der jeweilige Verfasser die volle Verantwortung. Kürzungen von Leserbriefen und sonstigen Zuschriften behält sich die Redaktion vor. Manuskripte werden nur zurückgeschickt, wenn Rückporto beiliegt.
Satzspiegel 290 x 197 mm, Spaltenbreite 62 mm. Der Anzeigenpreis für Geschäftsanzeigen beträgt z.Zt. pro mm-Höhe einspaltig (62mm) 1,00 DM + Mwst., Rabatte nach Vereinbarung. Private Wortanzeigen im Fließsatz pro Wort 0,70 DM einschl. Mehrwertsteuer. Gerechnet wird Postleitzahl und Ort zus. als 1 Wort, Tel. + Nummer = 1 Wort. Aufträge bei Nichtbeziehern nur gegen Vorkasse (Scheck oder bar). Chiffregebühr 4.- DM einschl. Mwst. Zahlungsverkehr in Deutschl. nur über Postbank Köln Nr. 60 357 509 (BLZ 370 100 50).
Gerichtsstand ist D - 96450 Coburg.

Außer in Deutschland und Österreich wird DER SCHEINWERFER noch in folgenden Ländern gelesen: Schweiz, Belgien, Niederlande, Dänemark, Frankreich, Spanien, USA, Kanada, Australien und Chile.

Leserbriefe - Mitteilungen - Zuschriften - Meinungen - Leserbriefe - Mitteilungen - Zuschriften - Meinungen

Sommer - Kaleidoskop

Sonnenfinsternis am 11.8.: Unsere Tennis-Millionärin Steffi Graf gab ihren geplanten Rücktritt vom aktiven Sport erst zwei Tage später bekannt. Sie sagte, wir müssen erst mal abwarten, ob wir nach der Sonnenfinsternis alle noch am Leben sind. So dachten viele. Sie hamsterten Kartoffeln und schleppten Kanister mit Trinkwasser ins Haus. Als ob sie damit überleben könnten. In anderen Städten prügelten sich die Menschen, weil es zu wenig Sonnenbrillen für das Jahrhundert-Ereignis gab. Schwarzhändler machten Reibach. Andernorts begnügte man sich mit einer DM auf den üblichen Preis für "einen guten Zweck".

Das Jahrhundert-Ereignis wurde in den Medien breitgetreten wie Hundescheiße. Als es dann endlich so weit war, war der Himmel grau, verschiedentlich regnete es sogar und zu sehen war - **nichts**. Ob mit oder ohne Brille, keiner der zum Himmel starrte, wurde blind. Aber die Brillen-Lobby hatte einen Millionen-Reibach gemacht. So schnell wird man reich. Nicht nur Lotto macht die meisten Millionäre!

Das übliche politische Sommertheater fand natürlich auch statt. Es vergraulte diesmal die SPD-Wähler. Vor allem wegen der Sparpakets von Finanzminister Eichel. Viele werden jetzt wieder reumütig zurückkehren, natürlich in der Schoß von CDU/CSU.

Schließlich hatte die Politik-Prominenz auch Grund zum Weinen. Rasch und unerwartet ist Ignaz Bubis gestorben. Der Vorsitzende des Zentralrates der Juden in Deutschland. Er wollte aber nicht in Deutschland beerdigt werden, obwohl er sich als deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens bezeichnete. Er wußte, daß er unbeliebt war und befürchtete, man würde sein Grab in die Luft sprengen. Also wurde er wunschgemäß in Tel Aviv beigesetzt unter Teilnahme deutscher Prominenz, angeführt von Bundespräsident Johannes Rau, der die Verdienste des Verstorbenen um das Wohl des deutschen Volkes mit tränenerstickter Stimme hervorhob. Nur einer, nämlich der 52jährige Israeli Meir Mendelssohn war da anderer Ansicht, und so schüttete er denn fast einen halben Liter schwarze Ölfarbe in das offene Grab auf die in weißes Tuch gehüllte Leiche.

Haben Sie wegen dieser Leichenschändung eine Träne vergossen, lieber Leser? Ich nicht!

Nun, zum Erdbeben in der Türkei. - 21.000 Tote. Schlimm genug. Aber die sich häufenden Naturkatastrophen sind sicher das erste Aufbegehren gegen den Raubbau der Natur und gegen die Unersättlichkeit des Menschen.

Aber wie erwartet: "Deutschland hilft der Türkei", tönt die Presse. Allen voran wieder die Caritas. Hunderttausend DM sind schon nach der ersten Woche im Topf. - Von deutschen Spendern natürlich. Sicher aber nicht durch von den bei uns lebenden türkischen Landsleuten. Die kennen keine Solidarität. Und was tut unsere Bundesregierung? Sie erleichtert sofort die Einreise türkischer Opfer nach Deutschland. Weil wir anscheinend nicht schon genug Türken bei uns haben? Es wäre doch wohl eher angebracht, man würde die schon bei uns lebenden, teils noch sehr jungen, aber arbeitsunwilligen Türken, die dem deutschen Steuerzahler auf der Tasche liegen, zurück in ihre arg betroffene Heimat schikken, wo diese mit Räum- und Wiederaufbauarbeiten Verdienst für lange Zeit fänden.

Aber nein, das darf nicht sein. Deutschland hilft überall. Warum nicht auch in der Türkei?

K. Ortloff ■

Unhöfliche Frage an die pseudo-Politiker

von Gerd Knabe

Jedesmal, wenn ich durch Nürnberg fahr',
Das kommt gar nicht so selten vor,
Klingt mir, nunmehr im 54. Jahr,
Das "Death by hanging" im Ohr.

Denn bei Kriegsschluß
Sie erinnern sich noch? -
Da schuf man dort jenes Gericht
Und klagte an, was greifbar noch
Von des Gegners Führungsschicht.

Man schuf auch ein neues Völkerrecht
In ziemlicher Eile und Hast;
Denn das alte hätte nur schlecht
Zum Vorgeh'n der Sieger gepaßt.

Ein Angriffskrieg, so gab man kund,
Sei das größte Verbrechen der Zeit.
Das gelte für alle Zukunft
Und für die jüngste Vergangenheit.

Man machte erst langen,
dann kurzen Prozeß!
(Wie gesagt: 54 Jahre ist's her.)
Doch es gab an Kriegen unterdeß
Etwa 200, wenn nicht noch mehr.

Also müssen da auch 200 Angreifer sein,
Sagt sich jeder mit etwas Gespür.
Und so wollen Sie mir bitte verzeih'n,
Wenn ich einiges davon anführ':

Frankreich, England, Sowjetunion,
China, Israel und besonders die USA,
Welche waren am meisten schon
Im Kreise der Kriegsgangsterschar?

Indonesien, Korea, Vietnam,
Zypern, Irak. Kurz und klein:
Es kommt im Ergebnis zusamm'
Ein ganz schöner Verbrecherverein.

Doch jene nun, die unbeschwert
Diese Kriege in Szene gesetzt,
Sind immer im Amt noch, hochgeehrt,
Hoch geachtet und hochgeschätzt.

So stellt sich zum Schluß die Frage als Kern:
Wann nimmt Gerechtigkeit ihren Lauf?
Wann hängt man denn auch diese Herrn
Gemäß Nürnberger Urteil auf?!

(eingeschickt von K. Schmitt) ■

Anschriftenfeld

B 2207 PVSt · Deutsche Post AG · Entgelt bezahlt

DER SCHEINWERFER · 96476 Bad Rodach-Sülzfeld